

Zehnte Sitzung – Dixième séance

Donnerstag, 14. März 1991, Vormittag
Jeudi 14 mars 1991, matin

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Bremi

90.050

Rüstungsprogramm 1990 Programme d'armement 1990

Botschaft und Beschlussentwurf vom 15. August 1990 (BBI III 377)
Message et projet d'arrêté du 15 août 1990 (FF III 357)

Beschluss des Ständerates vom 1. Oktober 1990
Décision du Conseil des Etats du 1er octobre 1990

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten

Antrag Leutenegger Oberholzer
Nichteintreten

Die neuen Kampfstiefel 90 werden via Budgetposition 541.3220.001 AEB (persönlicher Ausrüstungs- und Erneuerungsbedarf) beschafft.

Proposition de la commission
Entrer en matière

Proposition Leutenegger Oberholzer
Ne pas entrer en matière

L'acquisition des nouvelles bottes de combat 90 se fera par la voie du budget (pos. 541.3220.001 – Equipement personnel et besoin de renouvellement).

Feigenwinter, Berichterstatter: Das Rüstungsprogramm 90 ist vom Bundesrat erst am 15. August 1990 verabschiedet worden. Ursprünglich hatte die Absicht bestanden, mit diesem Rüstungsprogramm die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges zu beantragen. Am 27. Juni 1990 hat indessen der Bundesrat beschlossen, den eidgenössischen Räten zuerst einen Bericht über die Sicherheitspolitik vorzulegen, was in der Zwischenzeit ja geschehen ist. Zusätzlich zum bereits evaluierten F/A-18 soll die Mirage 2005 einer Nachevaluation unterzogen werden. Der zeitliche Aufschub der Flugzeugbeschaffung erlaubt das Vorziehen anderer Vorhaben, welche unabhängig von der zu führenden Diskussion über die Sicherheitspolitik und die zukünftige Rolle der Armee notwendig sind. Sowohl die Weiterführung der 1987 bereits grundsätzlich beschlossenen Beschaffung eines modernen Sturmgewehrs als auch die Ausrüstung unserer Wehrmänner mit neuzeitlichem Schuhwerk entsprechen ausgewiesenen und dringlichen Bedürfnissen. Der teuerungsbedingte Zusatzkredit für den Panzer 87 Leopard muss zudem vor Abschluss der Panzerbeschaffung unterbreitet werden.

Das Rüstungsprogramm 90 umfasst eine Verpflichtungskreditsumme von 1407 Millionen Franken. Der Ständerat hat dem Rüstungsprogramm als Prioritätsrat bereits im Oktober 1990 zugestimmt. Die Militärkommission des Nationalrates hat das Rüstungsprogramm anlässlich der Sitzung vom 2. November 1990 verabschiedet, und es war vorgesehen, es in der letzten Sessionswoche im Dezember 1990 zu behandeln. Weil nach Einsichtnahme in die Beschaffungsverträge des Sturmge-

wehrs gewisse rechtliche Unsicherheiten erkennbar waren, entschlossen wir uns im Einvernehmen mit dem Departementsvorsteher, das Rüstungsprogramm in einer zusätzlichen Sitzung in diesem Punkt noch einmal zu behandeln. Es wurde am 31. Januar 1991 definitiv verabschiedet.

Der grösste Teil des beantragten Verpflichtungskredites von insgesamt 1407 Millionen Franken, nämlich 1076 Millionen Franken, wird für eine weitere Serie von 300 000 Sturmgewehren 90 inklusive Munition benötigt. Wir haben bekanntlich 1987 einer ersten Serie von 135 000 Stück zugestimmt, welche gegenwärtig beschafft wird. Diese erste Serie läuft Mitte 1993 aus, und es ist zur Vermeidung von teuren Produktionsunterbrüchen zweckmässig, frühzeitig Anschlussbestellungen aufzugeben.

In den ursprünglichen Ausbausritten war auch vorgesehen, diese zweite Serie – sozusagen organisch – 1990 zu beschaffen. Grundsätzlich war die weitere Beschaffung von Sturmgewehren unbestritten. Der Entscheid von 1987, auf ein neues Kaliber umzustellen, verlangt konsequenterweise diese weitere Beschaffung. Den Rekruten können nicht einfach die Gewehre der aus der Wehrpflicht Entlassenen abgegeben werden, weil nach Artikel 18 Absatz 3 der Bundesverfassung die Waffe unter den durch die Bundesgesetzgebung aufzustellenden Bedingungen in den Händen des Wehrmannes bleibt.

Das neue Sturmgewehr weist gegenüber dem Sturmgewehr 57 erhebliche Vorteile auf, nämlich ein geringeres Gewicht von Waffe und Munition – 6 kg statt 10 kg Gewicht inklusive 120 Schuss Munition –, grössere Handlichkeit im Gefecht, die Möglichkeit, die Waffe mit umgeklapptem Kolben in Panzern und Schützenpanzern unterzubringen, eine erheblich grössere Präzision und einen kleineren Rückstoss. Das neue Gewehr wird wegen dieser Eigenschaften von der Truppe sehr geschätzt und führt ganz eindeutig zu einer verstärkten Kampfkraft des einzelnen Wehrmannes. Nicht zu unterschätzen ist auch der psychologische Effekt, eine Waffe zu besitzen, die zum Besten gehört, was heute vorhanden ist.

Zwei Fragen hat die Kommission, nachdem sie Einblick in die vorgesehenen Beschaffungsverträge hatte, ausgiebig erörtert: erstens die Preisgestaltung und zweitens die Anzahl der zu beschaffenden Gewehre. Es ist richtig, dass man sich bei der Beschaffung dieser Sturmgewehre in einer Monopolsituation befindet. Es ist aber zu bedenken, dass bei der ursprünglichen Wahl mehrere Offerten miteinander konkurrierten. Die Gruppe für Rüstungsdienste hat bereits für die erste Serie von 135 000 Stück im Jahre 1987 das vollständige Einsichtsrecht in die Preisberechnungen durchgesetzt. Der Stückpreis der heutigen Beschaffung ist rund 5 Prozent tiefer als der Stückpreis von 1987. Beim jetzt zugrunde gelegten Stückpreis von 1696 Franken – inklusive Magazine und Zubehör – handelt es sich um einen Höchstpreis, der unabhängig vom Ausgang einer Nachkalkulation nicht erhöht werden kann. Zeigt aber die Nachkalkulation aus der Beschaffung der ersten Serie von 135 000 Stück tiefere Kosten als 1696 Franken, so ist der Stückpreis entsprechend zu senken. Nachkalkulationen haben jeweils nach Auslieferung von 100 000 Stück zu erfolgen und gelten für die Preisbestimmung der folgenden 100 000 Stück. Dadurch profitiert der Beschaffer, also der Bund, immer wieder von einem zu erwartenden Rationalisierungseffekt. Lediglich für die letzte Serie von 100 000 Stück ist verständlicherweise keine Nachkalkulation mehr vorgesehen. Doch ist für die letzte Lieferung schon heute ein Stückpreis festgelegt, der 4 Prozent unter dem heutigen Preis liegt.

Keine Uebereinstimmung konnte in der Kommission hinsichtlich der Frage des Beschaffungsumfanges erzielt werden. Folgt man dem Antrag des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates, dann stehen im Jahre 1998 450 000 Sturmgewehre zur Verfügung. Angesichts des laufenden Projektes «Armee 95» stellt sich die Frage, ob wir mit der jetzigen Bestellung nicht mehr Sturmgewehre erhalten, als die «Armee 95» braucht.

Die Konzeption der «Armee 95» liegt erst in groben Zügen vor. Geplant ist aus heutiger Sicht ein Sollbestand von rund 400 000 Mann. Mit den Reservisten würde dies einen Effektivbestand von rund 450 000 Mann ergeben. Die persönlichen Waffen müssen für den Effektivbestand beschafft werden, inklu-

sive Kriegsreserve von etwa 10 Prozent, unpersönliche Leihwaffen für Jungschützen und Schützenvereine sowie paramilitärische Organisationen, Polizei, Festungswachtkorps, Grenzwachtkorps.

Daraus ergäbe sich ein Bedarf von rund 570 000 Sturmgewehren. Jährlich müssen überdies Rekrutenbestände von etwa 25 000 bis 30 000 Rekruten neu mit einem Sturmgewehr ausgerüstet werden. Der jetzt gestellte Antrag zur Beschaffung von 300 000 Sturmgewehren deckt also den effektiven Bedarf unter dieser Annahme nicht. Selbst unter der Annahme, dass die «Armee 95» nur noch den halben Sollbestand von 200 000 statt 400 000 Mann aufweisen würde, hätten wir inklusive Reserven und zusätzlich benötigten Waffen nur über eine sehr kurze Zeit einen gewissen Ueberbestand.

Auch dieser eher unwahrscheinliche Annahme könnte aufgrund der vorgesehenen Beschaffungsverträge Rechnung getragen werden. Fest bestellt werden heute nämlich nur 200 000 Stück. Dabei ist auch hier der jederzeitige Vertragsrücktritt aus wichtigen Gründen möglich. Der Bund müsste für diesen Fall lediglich das negative Vertragsinteresse decken, d. h. die Aufwendungen, welche bis zum Datum des Rücktrittes vom Vertragspartner gemacht worden sind. In Abänderung zum allgemeinen Vertragsrecht besteht sodann kein Anspruch auf das Erfüllungsinteresse, d. h. den entgangenen Gewinn für den nicht ausgeführten Teil. Für die restlichen 100 000 Stück besteht lediglich eine Option, bei der die Vertragspreise festgelegt sind, entsprechend der höheren Stückzahl und dem damit verbundenen Rationalisierungseffekt zu tieferen Preisen als die ersten 200 000.

Die feste Bestellung von 200 000 Stück und die Option von weiteren 100 000 oder mehr hängen vertraglich zusammen. Die Kommissionsmehrheit ist der Auffassung, dass deshalb der Kredit über die ganze Vorlage gesprochen werden soll. Sie geht aus heutiger Sicht davon aus, dass die Beschaffung von 300 000 Stück notwendig ist, und schliesst sich somit dem Bundesrat und dem Ständerat an. Sollte sich diese Annahme aus irgendwelchen Gründen als unrichtig erweisen, so wäre die Option von 100 000 Stück, welche bis Ende 1994 befristet ist, nicht auszuüben.

Herr Bundesrat Villiger hat die protokollarische Verpflichtung abgegeben, dass die Zustimmung der beiden Militärkommissionen einzuholen ist, bevor diese Option ausgeübt wird. Er wird diese Verpflichtung auch heute wiederholen. Zusammenfassend halte ich namens der Kommissionsmehrheit fest, dass auch bei Bewilligung des gesamten Kredites, wie das der Ständerat getan hat, genügend vertragliche Flexibilität gegeben ist, um künftigen Entwicklungen bezüglich des Bestandes unserer Armee Rechnung zu tragen.

Zur Beschaffung von Kampfstiefeln: Die meisten Rekruten erhalten heute noch den sogenannten Marschschuh 50, d. h. den alten Nagelschuh, aber mit Vibram-Sohle. Dieser entspricht in seiner Konstruktion nicht den Anforderungen, die heute an einen Schuh dieser Verwendung gestellt werden. Besonders mit der dazugehörenden Ledergamasche verursacht der Schuh beim Marschieren häufig Beschwerden, die auch zu zahlreichen Ausfällen führen. Zudem schützt der Schuh schlecht gegen Nässe. Klagen über den alten Militärschuh wurden auch immer wieder an die Parlamentarier herangetragen. Es ist völlig falsch, das Schuhproblem mit dem Schlagwort «verweichlichte Turnschuhgeneration» abzutun.

Der Soldat hat einen Anspruch auf eine zeitgemässe und moderne Ausrüstung – das sind wir ihm schuldig für seinen Einsatz im Dienste des Landes. Der grosse Anteil von Privatschuhen, die heute im Militärdienst getragen werden, stellt dem soliden, aber ungeeigneten Militärschuh eine schlechte Qualifikation aus.

Bei den Gebirgstruppen ist seit kurzem das Schuhproblem gelöst. Jeder Wehrmann erhält ein Paar Plastik-Schalenschuhe und einen Leder-Bergschuh – die Truppe ist damit sehr zufrieden. Für die Feldtruppen soll der neue Kampfstiefel beschafft werden. Normalerweise werden die Schuhe über das Budget für persönliche Ausrüstung und Erneuerungsbedarf, AEB, finanziert. Da es sich beim neuen Kampfstiefel um eine Art Typenentscheid handelt, wurde die Beschaffung in das diesjährige Rüstungsprogramm aufgenommen, damit das Parlament

auch dazu Stellung nehmen kann. Der neue Kampfstiefel kostet etwa gleich viel wie der alte Marschschuh mit Gamasche – wenn ich mich richtig erinnere, unter 200 Franken –, so dass für den Bund keine Mehrkosten entstehen. Der beantragte Verpflichtungskredit beläuft sich auf 66 Millionen Franken. Hingegen wird das AEB um einen ähnlichen Betrag entlastet. Der Zusatzkredit für die Beschaffung der Panzer 87 Leopard: Normalerweise wird bei Rüstungsvorhaben bei der Bemessung des Verpflichtungskredites die voraussichtliche Teuerung einbezogen, das ist ja auch heute in der Beschaffungsvorlage für das Sturmgewehr der Fall. In der Botschaft wird jeweils angegeben, welche Teuerung angenommen wurde. Beim Panzer Leopard wurde eine Ausnahme gemacht, weil sich das Vorhaben über längere Zeit erstreckt und sehr komplex ist. In der Botschaft von 1984 und in den Verhandlungen wurde wiederholt darauf hingewiesen. Man wollte damit auch vermeiden, dass mit einer zu grosszügigen Teuerungsberechnung stille Reserven gebildet würden, nachdem die eidgenössischen Räte mit Erfolg Einsparungen vorgenommen hatten. Die Militärkommission wurde vom EMD regelmässig über den Stand der Panzerbeschaffung orientiert. Zudem hat eine Unterkommission ein Panzerbataillon im Umschulungskurs besucht und festgestellt, dass mit dem neuen Panzer alle sehr zufrieden sind. Der beantragte Zusatzkredit ist weniger hoch als die ausgewiesene Teuerung, weil das EMD zusätzlich zu dem vom Parlament verlangten Einsparungen den benötigten Gesamtbetrag reduzieren konnte. Die Kommission möchte dies besonders positiv erwähnen. Die Kommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten.

M. Leuba, rapporteur: Le Programme d'armement 1990 qui nous est présenté s'élève, ainsi que vous avez pu le constater en lisant le message, à 1,407 milliard de francs. Avant d'examiner en détail ce programme qui est un crédit d'engagement, il convient de rappeler ce qu'est un crédit d'engagement au sens de la loi fédérale du 6 octobre 1989 sur les finances de la Confédération. En effet, au cours de la discussion devant la commission – et cela risque de se reproduire aujourd'hui – certains de nos collègues ont donné l'impression à d'autres qu'ils ne connaissaient pas exactement le sens du crédit d'engagement et le rapport entre ce crédit et les tranches annuelles incorporées dans le budget annuel.

Les crédits d'engagement sont régis par les articles 25 à 32 de la loi fédérale sur les finances. C'est en particulier l'article 25 qui contient les dispositions topiques et dont il vaut la peine de rappeler les alinéas 1, 2 et 4:

Alinéa premier: «Un crédit d'engagement est requis lorsqu'il est prévu de contracter des engagements financiers allant au-delà de l'exercice budgétaire.»

Alinéa 2: «Le crédit d'engagement fixe le montant jusqu'à concurrence duquel le Conseil fédéral peut contracter des engagements financiers.»

Alinéa 4: «Des crédits d'engagement sont requis notamment pour

a. des mesures dont seul le but et les besoins financiers sont connus, des projets de construction et des achats d'immeubles, des programmes de développement et d'acquisition« – ce qui nous intéresse ici – »et l'octroi de subventions qui ne sont versées qu'au cours d'exercices ultérieurs, l'octroi de cautions et d'autres garanties«.

Au terme de cette disposition, le crédit d'engagement permet donc au Conseil fédéral de nous présenter un objet qui forme un tout et qui s'étend sur plusieurs exercices budgétaires. Il permet au Parlement de se déterminer jusque dans les détails sur le projet du gouvernement, alors que le débat sur le budget se prêterait mal à une discussion détaillée. Il n'y a donc pas de lien direct entre le crédit d'engagement et la politique budgétaire. On pourrait imaginer par exemple que l'exécution de tel ou tel crédit d'engagement soit suspendue pendant une ou plusieurs années pour divers motifs, notamment pour des raisons budgétaires. Le crédit d'engagement n'indique donc pas l'importance de l'effort qui est marqué dans le domaine où il est consenti. En votant un crédit d'engagement, le Parlement ne se prononce que sur l'opportunité d'un achat et le montant total affecté à cet achat. En revanche, il ne fixe pas le rythme

des dépenses, qui dépend des attributions budgétaires. Bien entendu, il y a néanmoins une corrélation indirecte dans la mesure où un crédit d'engagement, suivi selon l'article 25 sur les finances, d'engagements contractuels avec les fabricants ou les vendeurs, ne saurait être exagérément distendu dans le temps ou même renvoyé aux calendes grecques, sous peine, pour la Confédération, de devoir en supporter les conséquences financières: renchérissement, dédite, etc. De même, si la totalité des crédits d'engagement en attente budgétaire, si l'on peut dire, est trop élevée, l'exécution est reportée dans des délais excessifs, ce qui est peu souhaitable.

Avant d'entrer dans le détail du programme, il faut rappeler que le Conseil fédéral avait souhaité avancer dans le Programme d'armement 1990 le crédit pour l'achat d'un nouvel avion de combat prévu initialement pour 1992. Cela aurait impliqué un crédit d'engagement de 3,4 milliards de francs avec un dollar à 1,60 franc. Le message n'aurait alors pas eu d'autre objet. La décision de réintroduire le Mirage 2000-5 dans la procédure d'évaluation, reportera la présentation du message probablement à 1992. Le Conseil fédéral a alors décidé de proposer pour le programme de 1990 des acquisitions qui apparaissent de toute manière indispensables aujourd'hui ou demain, soit les fusils d'assaut 90 et les bottes de combat. Il s'y ajoute un crédit additionnel pour le char 87 Leopard.

Fusils d'assaut 90: votre commission s'est d'abord intéressée au nombre de fusils d'assaut 90 à obtenir. Si l'armée 95 est ramenée à un effectif réglementaire de 400 000 hommes, la mise à disposition de l'armée de 450 000 fusils d'assaut paraît adéquate, compte tenu des effectifs réels qui doivent dépasser quelque peu 400 000 hommes pour assurer un effectif réglementaire de 400 000, plus une certaine réserve. Chaque année, 30 000 armes sont nécessaires pour les nouveaux incorporés. Il ressort des explications du chef du département que même si, finalement, l'armée était réduite à un nombre inférieur à 400 000 hommes, le chiffre de 450 000 fusils d'assaut 90 resterait valable puisque, en conservant un système d'obligation générale de servir, chaque recrue devra continuer à être équipée de son arme personnelle. Seule l'hypothèse d'une armée de métier qui pourrait comprendre quelque 50 000 hommes rendrait superflue l'acquisition de 300 000 fusils d'assaut 90 supplémentaires. Mais le chef du département considère, comme la majorité de la commission sans doute, cette hypothèse comme invraisemblable.

Enfin, selon les indications du chef de l'armement, les contrats prévoient que la production pourra être arrêtée en tout temps sans indemnité. Les indications données à la commission, quant à la possibilité pour la Confédération de renoncer au contrat sans frais, se sont avérées, à la lecture ultérieure des contrats, imprécises. Le président, en accord avec le chef du département et votre serviteur, a dès lors décidé de reprendre le projet en commission.

En réalité, les choses se présentent de la manière suivante: premièrement, le Groupement de l'armement entend commander ferme, si le Parlement vote le crédit, 200 000 fusils d'assaut 90. Mais, il peut décider en tout temps, pour des raisons graves – par exemple, si l'armée ne comprenait plus que 50 000 hommes (armée de métier) ou même 200 000 hommes – de renoncer en cours de production à la poursuite de l'achat. Dans ce cas, pour cette première tranche de 200 000 fusils, la Confédération sera tenue d'indemniser la SIG pour les travaux exécutés et les dépenses consenties, y compris en ce qui concerne la marge de bénéfice. En revanche, la Confédération n'aurait pas à payer la totalité du bénéfice escompté et manqué du fait de l'exercice unilatéral du droit de retrait. Cette solution est plus favorable à la Confédération que la réglementation du Code des obligations.

Deuxièmement, pour les 100 000 fusils d'assaut 90 suivants, c'est-à-dire la tranche de 200 001 à 300 000, le Groupement de l'armement bénéficie d'un délai à fin 1994 pour lever l'option. S'il ne le fait pas, la Confédération ne doit aucun dédommagement à la SIG.

La commission a aussi largement discuté de la calculation du prix d'achat. S'agissant de cette calculation, un dispositif complexe a été mis en place pour déterminer le prix de revient, y compris la marge de bénéfice. Pour ne pas entrer dans trop de

détails, on peut dire que la commande est divisée, mais cela ne concerne que la calculation du prix, en tranches de 100 000 pièces. Le prix de chaque série est déterminé par le calcul du prix de revient, calculé approximativement au milieu de la série précédente. En ce qui concerne ce prix, on rappelle qu'il s'élève à environ 1470 francs pièce, sans les accessoires. Il est tout à fait comparable à celui des armes individuelles des pays qui nous entourent, alors même que ces armes ne correspondent pas à nos exigences, notamment pour le tir de nuit.

Seule l'arme autrichienne est sensiblement meilleur marché, mais elle a aussi peu de chances de trouver preneur sur le marché. Quant au magasin du fusil d'assaut 90, il revient moitié moins cher que celui de l'armée allemande. Au surplus, on ne doit pas perdre de vue que 150 000 fusils d'assaut 90 sont déjà commandés et qu'il serait difficilement concevable d'équiper un tiers de l'armée avec une arme personnelle et deux tiers avec une autre.

Votre commission s'est particulièrement intéressée au contrôle de la calculation du prix, compte tenu de la situation de monopole du fabricant. Le Groupement de l'instruction suit de très près cette calculation, la Délégation des finances a d'ailleurs eu l'occasion d'obtenir de l'industrie des machines que les bases mêmes de la calculation soient fournies au Groupement de l'armement et au contrôle des finances, s'agissant de livraisons par des entreprises qui sont dans une situation de monopole ou de quasi-monopole.

Actuellement, la production est de 50 000 pièces par année. La commission s'est demandé s'il ne serait pas possible et judicieux d'augmenter ce rythme afin d'accélérer le réarmement de nos soldats, mais ce sont des raisons d'ordre économique qui font obstacle à cette accélération, car la construction de deux ou plusieurs chaînes de production, pour une production limitée dans le temps, entraînerait des hausses de prix se chiffrant par dizaines si ce n'est par centaines de milliers de francs. Le chef de l'arme de l'infanterie paraît d'ailleurs s'accommoder de ce rythme de livraison.

En commission, on a proposé de limiter notre commande à 100 000 fusils d'assaut, quitte à augmenter cette commande ultérieurement selon un système d'option ou selon un autre système juridique. Cette proposition, qui a été largement discutée, entraînerait évidemment une augmentation du prix par pièce sur les 100 000 premiers fusils d'assaut, puisque l'entreprise devrait alors calculer ses amortissements sur cette seule série de 100 000. Finalement, cette proposition a été repoussée par 16 voix contre 4.

Bottes de combat. Il s'agit d'un crédit de 66 millions de francs pour 300 000 paires de bottes. Le problème des souliers de marche a pris de l'acuité au fil des années, vraisemblablement en raison du port des baskets par les jeunes gens dans la vie civile et par la renonciation à la marche, conséquence de la motorisation. Comme aucune chaussure satisfaisante n'était disponible sur le marché, le chef de l'instruction a été amené à autoriser le port de chaussures de marche civiles, autorisation dont la majorité de nos soldats a fait un large usage. Le problème a cependant déjà été résolu pour nos troupes de montagne par une chaussure à coque, qui paraît donner satisfaction. Le crédit demandé permettra de résoudre également le problème pour l'armée de campagne. Il est prévu d'attribuer deux paires de bottes à chaque soldat. Après cette distribution, le port de souliers de marche civils ne sera plus autorisé que pour des raisons médicales.

En commission, la discussion a essentiellement tourné autour du prix de 190 francs la paire, qu'un commissaire trouve très élevé. On doit cependant considérer que, par rapport au commerce, ce prix est plutôt bas pour une qualité semblable. Le Groupement de l'armement a pu se fonder ici sur la comparaison des prix offerts par des entreprises concurrentes. Si les militaires veulent en acheter une paire, comme ils en ont le droit après un certain nombre de jours de service, ils pourront le faire au prix de revient, soit 190 francs, ce qui est meilleur marché que dans le commerce, mais n'entraîne évidemment aucune subvention de la part de la Confédération.

Char 87 Leopard. Le crédit additionnel pour compenser le renchérissement du prix d'achat du char 87 Leopard II n'a donné lieu à aucune discussion en commission. Ce renchérisse-

ment, dû exclusivement à la hausse des coûts, s'élève et s'élèvera probablement jusqu'à la fin de la livraison à 475 millions de francs, à condition que le taux d'inflation se maintienne à 4 pour cent l'an. Le crédit de 1984 permet de couvrir 210 millions, essentiellement par les rubriques «Risques», «Pièces de rechange» et «Munitions». Il manque donc 265 millions – soit 475 millions moins 210 – qui font l'objet de la demande de crédit additionnel. La commission a acquis l'impression que le projet char 87 Leopard a été bien conduit et a bénéficié de conditions favorables puisque le renchérissement réel est inférieur au renchérissement théorique. Le Groupement de l'armement peut en être félicité.

Finalement, la commission vous propose d'entrer en matière et d'adopter le projet de crédit d'engagement qui vous est présenté.

Frau Leutenegger Oberholzer: Ich ersuche Sie, auf das Rüstungsprogramm 90 nicht einzutreten, dafür aber die neuen Kampfstiefel für den laufenden Bedarf über das ordentliche Budget zu beschaffen.

Der Grund für meinen Nichteintretensantrag liegt nicht in friedenspolitischen Argumenten, im Vordergrund stehen für mich finanzpolitische Überlegungen. In diesem Saal habe ich gelernt, wie hoch die Emotionen der Männer gehen, wenn es um Fragen des Militärs geht. Aber ich glaube, wir sind es zumindest den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen schuldig, auch Rüstungsprogramme nicht durch die rosarote EMD-Brille zu betrachten, sondern ganz nüchtern anzuschauen.

Wenn man sich nun die Botschaft für das Rüstungsprogramm 90 vor Augen führt, so liest sich das schön glatt; sie wird mit Fotos präsentiert. Vor allem das Foto zu den neuen Kampfstiefeln auf Seite 16 hat mir gefallen. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass Sie sich der Gleichstellungsfrage widmen und auch für die Frauen neue Kampfstiefel beschaffen wollen.

Dünner wird die Botschaft dann, wenn man nach näheren Angaben zu den Planungsgrundlagen für die Beschaffung sucht. Zahlen zu den künftigen Bestandesgrößen der Armee sucht frau vergebens. Ja, man wird den Verdacht nicht los, dass es sich um ein Ersatzprogramm handelt, das so hoppla hopp, rasch aus der Schublade gezogen worden ist.

Aus politischen Gründen musste die Beschaffung des neuen Kampfflugzeuges verschoben werden, weil das vor den Wahlen nicht opportun ist. Flugs hat das EMD im Eilzugtempo ein neues Rüstungsprogramm hervorgezaubert. So ist es für mich denn auch eine eigentliche Zauberkiste.

Das gilt vor allem für den beantragten Kredit für die neuen Sturmgewehre. Ich möchte hier nicht über Sinn und Unsinn der Sturmgewehrbeschaffung reden, auch wenn es klar ist, was das heisst, wenn wir hier von Treffsicherheit und Präzision reden; denn es geht ja ums Töten.

Was mich an der Vorlage stört, ist die völlige Intransparenz der Planung. Die Zahlen lassen sich nicht belegen. Von welchen Mannschaftsbeständen gehen Sie aus, Herr Bundesrat Villiger, wenn Sie die Beschaffung von 300 000 neuen Sturmgewehren beantragen? Das macht dann immerhin 450 000 Sturmgewehre bis zum Ende der neunziger Jahre.

Verschiedene Gruppen in diesem Land – das ist Ihnen ja auch bekannt – diskutieren eine neue Sicherheitspolitik und die Armee reform. Wieso haben in der Botschaft derartige Überlegungen keinen Platz?

Der Presse musste ich entnehmen, dass gerade die Beschaffungszahlen und die Lieferverträge für die neuen Sturmgewehre zu grossen Unklarheiten Anlass geben. Die Tatsache, dass aufgrund dieser Unklarheiten das Rüstungsprogramm aus dem Sessionsprogramm der Wintersession 1990 gekippt wurde, hat das Vertrauen in diese Botschaft nicht gerade gestärkt.

Die verschiedenen Detailanträge von seiten der SP und des Landesrings, denen ich persönlich selbstverständlich zustimmen werde, dienen auch nicht der Transparenz, sondern verstärken die Unsicherheit. Ich erhoffte mir dann Klarheit durch eine Einsicht in die Protokolle der Militärkommission. Ich musste dann vernehmen, dass der Präsident der Militärkom-

mission, Herr Feigenwinter, und das EMD mir diese Einsicht verweigerten.

Ich habe mir sagen lassen, Herr Feigenwinter, dass ein früherer Präsident, Herr Friedrich, diese Einsicht in Protokolle der Militärkommission, soweit sie Kreditvorlagen betrafen, durchaus gewährte. Was verbergen Sie eigentlich in diesen Protokollen? Darüber sollten Sie uns Aufschluss erteilen.

Es liegen verschiedene Anträge zur Reduktion des Kredites für die Sturmgewehrbeschaffung vor. So kann man seriöserweise nicht vorgehen. Nur mit einem Nichteintretensbeschluss muss das EMD auch tatsächlich Aufschluss über seine künftige Politik erteilen.

Ich verstehe nicht, wieso Sie, Herr Villiger, das Rüstungsprogramm 90 jetzt noch präsentiert haben. Wir müssen auch das Ritual der jährlichen Rüstungsprogramme einmal hinterfragen. Eine Denkpause wäre gerade für das EMD gut. Wir müssen auch hinterfragen, ob wir tatsächlich jedem Wehrpflichtigen nach Austritt aus der Armee eine Waffe mit nach Hause geben wollen. So dringlich kann die Beschaffung der Sturmgewehre gar nicht sein, denn Sie wollten ja die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt bringen.

Nun komme ich zu den Schuhen. Während man sich beim Sturmgewehr mehr Fragen stellt, als in der Botschaft beantwortet werden, ist die Botschaft in bezug auf die Beschreibung der neuen Kampfstiefel auf Seite 18 geradezu von einer rührenden Präzision. Von schönen Fotos und von der Gleichstellung habe ich schon gesprochen.

Ich möchte jetzt noch auf einige Ausrüstungsdetails zu sprechen kommen. Die neuen Kampfstiefel sind «aus weichem Rindsleder im sogenannten Derbyschnitt gefertigt». Die Rede ist von Gummisohlen mit einem «Weichtrittabsatz». Ein «Weterschutzrand über der Sohlennaht» ist auch vorhanden, und «der Fuss wird durch eine Einlegesohle mit eingeformtem Fussbett gestützt». Derartige Details und derartige Schuhe darf man uns natürlich nicht vorenthalten. Wir möchten sie auch den Soldaten selbstverständlich gönnen und beantragen Ihnen deshalb, dass man die Kampfstiefel beschafft, aber nicht über das Rüstungsprogramm, sondern über die Position AEB, wie das eigentlich richtig wäre.

Ich habe dem Protokoll des Ständerates entnommen, dass die Schuhe normalerweise über das Budget für die persönliche Ausrüstung und den Erneuerungsbedarf, eben über das sogenannte AEB, finanziert werden. Ich glaube, das wäre auch hier angemessen. Dazu brauchen wir kein Rüstungsprogramm.

Zusammenfassend halte ich noch einmal fest: Ich beantrage Ihnen Nichteintreten auf das Rüstungsprogramm 90. Aber selbstverständlich sind wir für die Beschaffung der neuen Kampfstiefel. Sie soll aber über das normale Budget erfolgen. Gestatten Sie mir abschliessend noch eine Bemerkung, Herr Bundesrat Villiger. Sie wollen mit einer Verbesserung der persönlichen Ausrüstung der Wehrmänner – dagegen haben wir selbstverständlich nichts – gegen das Missbehagen in der Armee angehen. Ich glaube, Sie übersehen – das hat für mich die Abstimmung vom November 1989 klar gezeigt –, dass bei der Armee ganz andere Probleme im Vordergrund stehen. Diese lassen sich nur mit ganz fundamentalen Diskussionen in bezug auf die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in diesem Lande lösen.

Solange Sie Militärdienstverweigerer ins Gefängnis stecken und vor Militärgerichte stellen, wird sich das Ansehen der Armee nicht heben. Vielleicht müssten Sie solche Überlegungen auch einmal anstellen. Sicher ist für mich aber, dass derart unseriöse Vorlagen – wie wir sie hier mit dem Rüstungsprogramm vor uns haben – nicht dazu angetan sind, das Ansehen des EMD in der Bevölkerung zu heben.

Rüttimann: Ich darf Ihnen den Beschluss der CVP-Fraktion bekanntgeben: Wir sind einstimmig für Eintreten auf das Rüstungsprogramm 1990, weisen also den Nichteintretensantrag Leutenegger Oberholzer zurück.

Grossmehrheitlich sind wir auch für Zustimmung zu Artikel 1, wie er uns gemäss Kommissionsmehrheit vorgelegt wird. Die Einzelanträge, die vorliegen, lehnen wir ebenfalls ab.

Das Rüstungsprogramm 90 hat bekanntlich einen unüblichen

Werdegang hinter sich. Die Herren Kommissionsprecher haben die Hintergründe geschildert. Sie gehen zurück auf frühere Diskussionen über eine Armee reform, dann auf die Abstimmung vom 26. November 1989, auf den Aufbruch im Osten im Jahre 1990 und auf den Abbruch des kalten Krieges. Die Diskussionen um die Reduktion der Mannschaftsbestände, die mit der Armee reform 95 in Kraft treten soll, haben sich im letzten Jahr intensiviert. Nur gehen die Ansichten über die effektiven Bestände sehr weit auseinander. Das hat sich vor allem in den Kommissionsberatungen der Militärkommission gezeigt.

Wir von der CVP-Fraktion sind der Meinung, dass die Armee als Sicherungsinstrument nach wie vor nötig ist. Die Bestände können wohl reduziert werden, die Wehrbereitschaft muss aber durch eine bessere Technologie und eine moderne Bewaffnung kompensiert werden. Das hat der glücklicherweise kürzlich zu Ende gegangene Golfkrieg deutlich aufgezeigt.

Die Beschaffung des neuen Sturmgewehrs 90 liegt auf dieser Linie der Effizienzsteigerung. Es ist unbestritten, dass eine perfekte persönliche Waffe, die auch von den Schützen als weltweites Spitzenprodukt qualifiziert wird. Trotzdem ist das Sturmgewehr im Vergleich mit ausländischen Gewehren preislich konkurrenzfähig.

Der Streit dreht sich um die Anzahl der zu beschaffenden Gewehre: Der Minderheitsantrag und die Einzelanträge zielen auf tiefere Stückzahlen ab infolge Reduktion der Mannschaftsbestände. Wir haben Anträge auf zwei Drittel und solche auf einen Drittel der Stückzahl 300 000, wie sie der Bundesrat vorschlägt.

Wir sind der Überzeugung, dass die allgemeine Wehrpflicht weiterhin Gültigkeit haben soll und muss. Soll auf die Reform 95 der Mannschaftsbestand gesenkt werden, was anzunehmen ist, so wird dies nicht dadurch geschehen, dass nur noch zwei Drittel oder eventuell ein Zweitel der Rekruten ausgehoben und ausgerüstet werden, sondern die Reduktion der Mannschaftsbestände wird durch die Senkung des Wehrpflichtalters erfolgen. Dies bedeutet aber, dass weiterhin zwischen 30 000 und 35 000 Rekruten jährlich ausgerüstet werden müssen: Das macht in einem Jahrzehnt allein schon über 300 000. Mit einer Reservehaltung für weitere Jahrgänge werden wir bald auf eine Zahl von 450 000 Stück kommen, die dann mit der heute angebotenen Stückzahl plus der 150 000 Stück, die in früheren Rüstungsbeschlüssen bereits beschlossen wurden, korrespondiert. Sie sind zum Teil bestellt und fabriziert.

Wenn wir nun noch für 100 000 einen Optionsvertrag abschliessen können, so ist die gewünschte Flexibilität gegeben. Der Bundesrat kann Ende 1994, zum Zeitpunkt der Reform 95, die Option auslösen oder eben nicht, so dass ein höherer Preis für diesen Optionsbestand nicht ausgehandelt werden muss.

Wir sind uns auch bewusst, dass die Schweiz schon seit 1848 auf der Volksbewaffnung basiert. Das heisst, wir geben jedem Wehrmann die Waffe ins Haus, und bei seinem Austreten aus der Wehrpflicht überlassen wir sie ihm. Das ist nicht von ungefähr gekommen und ist nicht mit einer Berufsarmee zu vergleichen. Man hatte damals – bei der Schaffung der heutigen Bundesverfassung – die Meinung, es dürfe nicht geschehen, dass eine Armee allenfalls das Regime übernehmen würde, wie das selbst heute noch in verschiedenen Staaten vorkommt; das Volk solle die Macht ausüben. Das darf bei dieser Gelegenheit doch auch gesagt werden.

Zu den Kampfstiefeln: Hier sind wir unbestritten der Meinung, dass dieser Posten notwendig ist. Ich äussere mich darüber nicht weiter. Der teuerungsbefindete Zusatzkredit zur Beschaffung des Panzers 87 Leopard ist ebenfalls unbestritten.

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

Hess Otto: Die SVP unterstützt das Rüstungsprogramm 90 einstimmig. Der Entscheid des Bundesrates, anstelle der ausgesetzten Flugzeugbeschaffung ein alternatives Rüstungsprogramm vorzulegen, scheint uns richtig und sinnvoll.

Frau Leutenegger Oberholzer, die Flugzeugbeschaffung wurde nicht wegen den Wahlen hinausgeschoben, sondern

weil man zuerst den Sicherheitsbericht des Bundesrates abwarten und beraten wollte, um daraus den Auftrag für unsere Armee zu definieren und, wenn dieser feststeht, der Armee die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie diesen Auftrag erfüllen kann.

Mit dem Verpflichtungskredit von 1,407 Milliarden Franken sollen 300 000 Sturmgewehre 90 und 300 000 Kampfstiefel angeschafft werden. Zudem sind in diesem Betrag die teuerungsbedingten Mehrkosten der Beschaffung des Panzers 87 Leopard enthalten.

Eine zeitgemässe persönliche Ausrüstung und eine moderne Bewaffnung entsprechen einem legitimen Anliegen unserer Wehrmänner. Die SVP hat diesem Anliegen schon jeher grosse Bedeutung zugemessen. Beides, die persönliche Waffe und eine zeitgemässe Ausrüstung, hilft mit, die Motivation des einzelnen Soldaten zu heben. Anlässlich eines Truppenbesuches einer Unterkommission der Militärkommission bei einer Gebirgseinheit im Rahmen einer Umschulung auf das neue Sturmgewehr 90 wurde uns diese Tatsache bestätigt. Auf allen Stufen waren durchwegs überzeugend positive Urteile zu hören. Bei einem Besuch einer Infanterie-Rekrutenschule in der Schiessverlegung im letzten Herbst, unmittelbar nach einer Ueberlebensübung, konnten wir am praktischen Objekt im wahrsten Sinne des Wortes erfahren, wo unsere jungen Wehrmänner der Schuh drückt. Unsere bisherigen Ordonnanzschuhe sind zwar nach wie vor von guter Qualität, doch hat sich das Umfeld auch in diesem Bereich gewaltig geändert: Unsere junge Generation hat grösste Probleme, mit dieser alten Ordonnanz vernünftige Marschleistungen zu vollbringen. Es stimmt tatsächlich etwas nicht mehr, wenn ein grosser Prozentsatz unserer Soldaten im Militärdienst die privaten Schuhe den Armeeschuhen vorzieht. Diesen Missstand gilt es mit der Anschaffung von Kampfstiefeln zu beseitigen, die ja einen Bestandteil des Rüstungsprogramms 90 bildet.

Wir von der SVP-Fraktion sind deshalb überzeugt, dass mit dem Rüstungsprogramm 90 ein richtiger Schritt gemacht wird, indem die legitimen Anliegen der Soldaten und Unteroffiziere berücksichtigt werden und für einmal die Beschaffung von militärischen Grossgeräten zurückgestellt wird. Wir meinen, dass im heutigen Umfeld diesem Aspekt eine entsprechende Bedeutung beigemessen werden muss – im Bewusstsein, dass durch die Beschaffung von neuen Handfeuerwaffen und Schuhwerk der Kampfwert der Truppe nicht wesentlich gesteigert wird.

Nun liegt ein Antrag auf Nichteintreten von Frau Leutenegger Oberholzer vor. Im Namen der SVP bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen. Ich möchte einmal mehr in Erinnerung rufen, dass bei der Armee-Abstimmung im November 1989 eine klare Mehrheit unserer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich für den Fortbestand unserer Armee ausgesprochen hat. Diese Mehrheit will keine Pseudo-Armee, sondern hat sich zu einer gut ausgerüsteten Armee bekannt, zu einer Armee, die im Ernstfall eine Bewährungsprobe bestehen könnte, für eine Armee, die einem Aggressor Respekt abverlangt, so dass er gar nicht in Versuchung kommt, unser Land zu besetzen oder uns seinen Willen aufzuzwingen. Dazu gehört nun einmal – neben anderem – eine moderne, leichte persönliche Waffe, die höchsten Anforderungen im Gefecht gewachsen ist, die dem Wehrmann Gewähr für gute Treffsicherheit bietet.

Es geht nicht an, dass man bei jeder Gelegenheit versucht, unsere Armee über die Verweigerung von Krediten zu schwächen, um auf diesem Weg dem Ziel der Abschaffung der Armee näherzukommen.

Aus dem Volksentscheid vom November 1989 ist der eindeutige Wille herauszulesen, dass diese Mehrheit eine effiziente Verteidigungsarmee will und auch dazu steht. Diesen Auftrag gilt es weiterhin zu erfüllen.

Ich bitte Sie im Namen der einstimmigen SVP, für Eintreten zu stimmen bzw. den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Graf: Früher, vor 20 und mehr Jahren, stellten jeweiligen Kommunisten oder Krypto-Kommunisten beim Rüstungsprogramm obligat den Nichteintretensantrag. Jetzt also hat eine «grüne» Antragstellerin diese Aufgabe übernommen. Es steht ausser Frage, dass auch 1991 – wie schon vor 20 und mehr

Jahren – dieser Antrag nicht die geringste Aussicht auf Erfolg haben wird. Aber er nimmt unsere Zeit, die sehr knapp ist, einmal mehr und unnötig in Anspruch.

Es wäre interessant, zu addieren, wie viele Stunden uns die Antragstellerin durch ihre zahlreichen «kurligen» und völlig unnützen Anträge schon gekostet hat, seitdem wir das zweifellos grosse Vergnügen haben, sie in diesem Rate funktionieren zu sehen.

Schicken Sie diesen Antrag dorthin, wo er hingehört!

M. Rebeaud: J'ai un discours double à vous tenir au nom du groupe écologiste puisqu'il n'a pas réussi à faire son unité sur cet objet. La moitié du groupe soutient la proposition de Mme Leutenegger Oberholzer et l'autre la rejette. Les raisons de cette proposition de renvoi vous ont été exposées tout à l'heure. On pourrait en rajouter d'autres, notamment une qui a sa propre logique et qui consiste à dire: «Nous sommes en train, dans une commission ad hoc des deux Chambres, de réétudier toute la conception de l'armée de demain. La conclusion qu'on pourrait en tirer pour éviter de gaspiller du temps et de l'argent consisterait à renoncer à commander aujourd'hui des équipements dont nous ne sommes pas absolument sûrs que l'armée de demain aura besoin.»

L'autre tendance du groupe écologiste, dont je fais partie, estime qu'en l'absence d'une conception de l'armée du futur nous devons continuer à fonctionner avec la seule conception de l'armée qui existe, c'est-à-dire celle en vigueur actuellement, tout en prenant les précautions nécessaires. Il nous paraît justifié de renvoyer un achat très important, aussi bien du point de vue stratégique que du point de vue financier, comme celui de l'avion de combat, après la discussion fondamentale sur l'armée, et d'examiner à la place un objet de portée mineure dont la mise en place permet des corrections en fonction d'une éventuelle diminution des effectifs de l'armée.

Je ne reviens pas sur l'exposé très complet que vous a fait tout à l'heure M. Leuba. Le crédit d'engagement demandé pour 200 000 fusils d'assaut n'oblige pas le Conseil fédéral à les acheter. Il lui permet en tout temps de raccourcir la commande en indemnisant évidemment le producteur. A ce propos, il y a eu un malentendu un peu plus grave que ce qu'ont prétendu les rapporteurs de la commission. La raison pour laquelle nous débattons de cet objet aujourd'hui plutôt qu'à la session de décembre tient au fait que la commission a été mal renseignée sur les possibilités de diminution de commandes en cours d'exercice. Ce n'est pas une imprécision qui a été commise par le chef du Groupement de l'armement, M. Wittlin, mais quelque chose d'un peu plus grave qui a induit la commission en erreur. Dans la séance qui a précédé la session de décembre, M. Wittlin a prétendu qu'on pouvait diminuer à n'importe quel moment la commande sans qu'il en résulte des frais supplémentaires pour la Confédération. Nous avons pu vérifier en commission que tel n'était pas le cas. En effet, si la commande était raccourcie, il en résulterait des frais supplémentaires parce que la Confédération devrait indemniser l'entreprise SIG à laquelle auraient été commandés 200 000 fusils d'assaut. Je ne mentionne pas les détails attachés aux 100 000 pièces supplémentaires en option. Nous avons jusqu'en 1994 pour y revenir si nous voulons y renoncer.

La proposition soumise à la commission lors de sa dernière séance par les représentants du groupe socialiste consiste à limiter le risque d'une réduction de la commande en cours de route, en proposant une première commande de 100 000 fusils avec la possibilité de l'augmenter par la suite, lorsque nous connaissons mieux les effectifs de l'armée, c'est-à-dire les besoins en fusils d'assaut.

J'estime que les deux propositions sont équivalentes et que, d'une manière ou d'une autre, que l'on doive raccourcir ou rallonger, il en résultera forcément des frais supplémentaires. Par conséquent, les deux propositions s'équivalent et fonctionnant dans la même logique, à savoir que tant qu'il y aura des nouveaux soldats dans l'armée il faudra leur fournir ce nouveau fusil d'assaut qui n'est pas contesté sur le fond, je me suis abstenu de soutenir la suggestion d'apparent compromis présentée par nos collègues socialistes. Le seul critère qui nous aurait permis de choisir l'une ou l'autre solution aurait dû

être fondé sur un argument financier. Et j'aurais volontiers souscrit à cette proposition si elle nous avait laissé envisager la possibilité de diminuer les frais pour la Confédération. Mais là, aucune indication ne nous a donné à penser que cette proposition était plus favorable. Elle risque au contraire de coûter plus cher.

Je ne relancerai pas tout le débat sur la nécessité de l'armée suisse à propos de cette bricole, mais je dois tout de même dire à M. Hess Otto qui a de nouveau – à mon avis complètement en dehors du sujet – évoqué le vote du peuple suisse à propos de l'initiative «Pour une Suisse sans armée», que les deux tiers des citoyens suisses n'ont pas affirmé qu'ils voulaient à tout prix que l'armée actuelle soit renforcée et équipée comme le prévoient les plans existants. Je peux vous le dire, car j'étais dans cette majorité. La majorité du peuple suisse qui s'est prononcée contre l'initiative «Pour une Suisse sans armée» n'a pas voulu d'une disposition constitutionnelle interdisant à la Suisse de se défendre par les armes, ni plus ni moins. Chaque fois que vous réutiliserez cet argument pour prétendre que l'armée a été plébiscitée, nous devons vous répondre: «Non, ce n'est pas l'armée telle qu'elle est qui a été plébiscitée. Ce qui a été refusé, c'est que le peuple suisse s'interdise de se défendre par les armes.»

Le débat doit reprendre. Tel a été le cas dans une commission ad hoc de notre conseil, et nous devrions éviter de mélanger chaque fois les bidons. Il y a un débat de fond sur la nécessité d'une défense militaire de la Suisse. Il comprend la réflexion sur les nouvelles formes que pourra prendre la défense du pays au cas où le principe en est conservé. A ce propos, les choses sont claires car le peuple suisse a confirmé sa volonté d'un moyen de défense. D'autre part, il y a les divers crédits sur lesquels nous devons nous prononcer au jour le jour.

J'espère pouvoir en rester là et éviter de rallonger inutilement ce débat. D'ailleurs, nous connaissons d'avance le résultat du vote.

M. Jeanneret: Le groupe libéral aimerait, au sujet de ce projet, apporter sa confiance au Conseil fédéral et à la commission en particulier. Il votera les propositions de la majorité et rejettera toutes les propositions minoritaires. Il fait confiance à la commission, car celle-ci a eu la sagesse de revoir le problème à fond, de mettre toutes choses au point et de régler ce qui devait l'être. Le substantif qui a été employé par les rapporteurs nous paraît juste. Il y avait dans cette affaire des imprécisions, – il n'y avait pas de quoi dire plus – qui ont été corrigées dans un deuxième débat. On a désormais une solution de souplesse, rationnelle et économique.

Le soussigné ayant à l'époque, été rapporteur à cette tribune, tant pour le fusil d'assaut que pour le Leopard, c'est avec satisfaction qu'il voit le déroulement de ces deux sujets: le Leopard, comme on l'a dit, est bien conduit et il faut en féliciter les responsables; le fusil d'assaut, qui reste l'arme du soldat suisse, a été décidé il y a quelques années.

Mais c'est de la part de certains l'occasion de nouvelles attaques contre la défense nationale. J'aimerais dire à M. Rebeaud que je comprends tout à fait – président moi-même un petit groupe – qu'un petit groupe puisse être divisé, comme un grand d'ailleurs, sur différents sujets. Simplement, la différence, c'est que nous, il nous arrive d'être partagés pour des questions accessoires et non pas sur des questions fondamentales. Or, ce que Mme Leutenegger Oberholzer nous a dit ce ne sont pas des questions accessoires. Elle nous a dit que le message n'était pas sérieux, elle nous propose de ne pas entrer en matière, elle prétend qu'il y a un malaise, elle dit qu'il doit y avoir discussion fondamentale et elle demande à M. Villiger, qui n'en peut rien, qu'il jette des objecteurs en prison. Donc, c'est bien un problème fondamental qu'elle a soulevé. Je constate que, sur les principes de la défense nationale, le groupe écologiste est partagé – ce n'est pas la première fois – et non pas sur une question accessoire.

Or, que nous apprennent les deux grands événements de politique étrangère que nous venons de vivre, à savoir la guerre du Golfe et la résurgence de volonté de dictature ou celle de mater par l'armée, dans les pays baltes? C'est que pour nous, nous devons en rester à une armée de milice, une armée forte,

mais dans le mot «forte», nous donnons tout le sens que nous donnons à une économie forte, c'est-à-dire une armée concentrée, rationnelle, efficace, économique, convaincante, une armée toujours obligatoire pour les Suisses. Or, la guerre du Golfe nous enseigne trois choses: c'est que le soldat lui-même, personnellement, doit avoir confiance dans son armement et doit savoir ce dont il dispose. Le fusil d'assaut moderne est, comme on l'a rappelé, la répétition de l'arme personnelle que nous avons eue au cours des siècles. Deuxième chose, il faut tenir le terrain. Or, tenir le terrain ce sont les chars, ce sont les Leopard dont nous parlons aujourd'hui. Nous pouvons nous féliciter de cette acquisition de ces dernières années. Troisième chose, la technologie. La technologie, c'est les débats de demain – ceux auxquels ont fait allusion les rapporteurs –, lorsqu'il s'agira de parler du ciel, c'est-à-dire de l'avion et de tout ce qui va autour.

C'est la combinaison de ces trois éléments qui fait un programme d'armement. C'est donc bien dire que nous devons maintenir d'abord une volonté de défense, qui doit être entretenue par l'autorité politique, le Conseil fédéral en premier lieu et c'est pour nous l'occasion de faire, une fois de plus, un appel au Conseil fédéral pour qu'il affirme publiquement et nettement la nécessité et la volonté de défense du pays; deuxièmement, il faut une capacité de tenir, il faut donc un armement de qualité et pour cela il convient d'avoir en conséquence un budget suffisant, équilibré par rapport au budget social, au budget des transports – et nous sommes à l'aise après les décisions prises cette nuit dans cette salle –, mais un budget suffisant pour que la défense ait sa part dans notre politique de sécurité. Mais surtout, il s'agit que la défense soit conduite dans la continuité et non pas de manière conjoncturelle. On ne peut pas planifier notre armement en dents de scie, il doit être basé sur une réflexion à longue échéance et, dans ce cadre, des décisions de souplesse doivent être prises: c'est ce que la commission a parfaitement compris en prenant acte des propositions du Conseil fédéral, en les examinant à fond et sérieusement, et en nous proposant finalement les solutions d'aujourd'hui.

Pour toutes ces raisons, et surtout en attendant les programmes d'armement de ces prochaines années, qui seront des rendez-vous plus décisifs, nous vous invitons à voter ce programme tel quel et à rejeter les propositions de minorité.

Günter: Die LdU/EVP-Fraktion stimmt der Beschaffung der Kampfstiefel 90 im Betrag von 66 Millionen Franken zu, ebenso dem teuerungsbedingten Zusatzkredit zur Beschaffung des Leopard 87 im Betrage von 265 Millionen Franken. Bei der Beschaffung des Sturmgewehres befürworten wir die weitere Umrüstung der Truppe auf das leichtere und besser zu handhabende Sturmgewehr 90. Allerdings haben wir uns in der Fraktion Gedanken über die Anzahl der heute zu beschliessenden Gewehre gemacht. Es wurde bereits mehrfach erwähnt: Verschiedene Faktoren, welche unsere Sicherheit betreffen, haben sich fundamental geändert. Ich erwähne nur das Aufbrechen des Ostblockes, die Umstrukturierung Westeuropas – das heisst, das rasche Integrationstempo der EG –, die jetzt auch in den Sicherheitsbereich hineinreicht, sowie die noch zu ziehenden, aber wahrscheinlich gewichtigen Erkenntnisse aus dem Golfkrieg. Alle diese Faktoren verlangen ein Ueberprüfen unserer Sicherheitspolitik.

Es bestehen grundsätzlich zwei Tendenzen, welche nicht ausdiskutiert sind. Beide finden sich in den meisten Diskussionen wieder. Die Mehrheit unserer Fraktion tendiert auf eine zahlenmässig starke, jedoch strukturell nicht angriffsfähige Armee hin. Dies würde in Klartext bedeuten, dass im Bereich der Mechanisierung, der Schaffung von neuen gepanzerten Verbänden, Zurückhaltung am Platze ist und dass wir auf ein neues Hochleistungskampfflugzeug verzichten. Die andere Tendenz besteht darin, eine kleine, hochmobile, hochmechanisierte Armee zu haben. Soll diese nicht absurd teuer sein, müsste sie sehr klein sein. Darüber haben wir politisch nicht entschieden. Die Weichenstellung muss jedoch vermutlich bald einmal erfolgen. Bevor Entscheide getroffen sind, sollten wir uns jedoch nicht die Hände binden.

Was passiert beim Sturmgewehr 90? Jetzt sind 150 000 Exemplare bestellt, sie werden bis Ende 1992 ausgeliefert sein. Dann werden in Zweijahrestanchen 100 000 Gewehre bestellt. Wir haben heute im Prinzip über 300 000 Sturmgewehre zu bestimmen: eine erste Tranche ist zu erwarten für die Jahre 1993/94, eine zweite Tranche für 1995/96 und die letzten 100 000 Sturmgewehre gar für 1997/98. Wir sollen heute also Gewehre für die Zeit bis und mit 1998 kaufen. Dabei wissen wir nicht, wie die politische Situation dann zumal sein wird, welche Armee wir haben werden, wie gross sie sein wird. Wir kaufen also reichlich ein, wir kaufen gewissermassen einen Sturmgewehr-Notvorrat ein, der fast bis zum nächsten Jahrtausend reicht.

Die Waffenentwicklung wird (leider) weitergehen, und wir binden uns jetzt die Hände auf 8 Jahre hinaus. Unsere Fraktion hat deshalb erwogen, dem sozialdemokratischen Minderheitsantrag zuzustimmen. Wir halten aber fest: Wir wünschen die laufende Ausrüstung der Rekruten mit dem leichteren, neuen Sturmgewehr 90.

Wir müssen das nicht allzu grosse Reaktionsvermögen des EMD und die Trägheit von Produktionsstrassen, rasch auf Veränderungen ohne finanzielle Verluste zu reagieren, berücksichtigen. Daher haben wir uns entschlossen, Ihnen – ähnlich wie Herr Hess das in seinem Antrag tun wird – 200 000 Sturmgewehre zum Kauf vorzuschlagen. Damit würde die Truppe bis Ende 1996 ausgerüstet, wahrlich eine lange Zeit – immer gemäss EMD-Plänen.

Was vom EMD aber vorgeschlagen wird, ist eine Bindung unserer Hände bis Ende 1998, und das geht uns zu weit. Wer sich das Geschäft ansieht, fragt sich unwillkürlich, warum ein doch so einfaches Gerät wie das Sturmgewehr auf so lange Frist hinaus beschafft werden soll. Bundesrat und Verwaltung begründen es mit Preis, kontinuierlicher Produktion, nicht allzu grossen Produktionseinrichtungen, die gut ausgelastet werden müssen, und ähnlichen Argumenten. Ich habe aber den Verdacht, dass es um etwas ganz anderes geht: Man will dem internationalen Wettbewerb ausweichen. Wenn die Entwicklung weitergeht, wie man es voraussagen kann, wird es in wenigen Jahren soweit sein, dass eine Submission für Aufträge dieser Grössenordnung international ausgeschrieben werden und für ausländische Anbieter offen sein muss; dem will man offensichtlich vorbeugen.

Bei der Vorlage handelt es sich zum Teil somit gar nicht um eine militärpolitische, sondern um eine handelspolitische, eine protektionistische Vorlage. Man entscheidet lieber heute, wo die Vorschrift, ausländische Mitkonkurrenten zum Wettbewerb zuzulassen, noch nicht vorliegt.

Aber es ist dennoch kein gutes Zeichen, ja wir liegen vollständig falsch, wenn wir in einer Zeit heikelster EWR-Verhandlungen, in einer Zeit, wo wir darauf angewiesen sind, in viel vitaleren Bereichen Sonderregelungen für unser Land in Abkommen mit anderen europäischen Staaten auszuhandeln, uns unnötig abschotten, einfach im Interesse der einheimischen Rüstungsindustrie, und da quasi nichttarifarisches Handelshemmnisse errichten.

Gerade angesichts der kommenden Konkurrenzsituation sind wir überzeugt, dass eine allfällige Nachbeschaffung 1995 oder 1996 problemlos erfolgen kann. Es wird von diesem Sturmgewehr Nachfolgevarianten geben, die gegenüber der heutigen Variante besser sind. Es wird sicher keine teurere Lösung sein, weil der Wettbewerb grösser sein wird. Das Rennen ist dann für die Schweizer Industrie immer noch offen, die ja zugelassen und in einer günstigen Position sein wird, weil sie die Vorproduktion übenehmen konnte.

Das ganze Geschäft, so wie es heute präsentiert wird, stellt ein unnötiges Risiko dar. Das EMD hat das ja auch gemerkt. Herr Bundesrat Villiger – das haben Sie, meine Damen und Herren, heute vom Kommissionspräsidenten gehört – will Ihnen deshalb ein ganz ungewöhnliches Verfahren vorschlagen: Wir sollen zwar heute den Kredit für alle Gewehre beschliessen, aber Herr Bundesrat Villiger verpflichtet sich dann, in späteren Jahren noch einmal die Militärkommission zu fragen, ob die letzten 100 000 Gewehre beschafft werden sollen oder nicht.

Was passiert im Grunde genommen? Sie nehmen dem Rat, der in etwa vier oder fünf Jahren darüber zu befinden hätte, die

Entscheidungskompetenz weg und übertragen sie heute an die nachmaligen Militärkommissionen des Nationalrates und des Ständerates. Diese Kommissionen bekommen plötzlich eine Entscheidungskompetenz über ein Geschäft in der Größenordnung von 300 bis 350 Millionen Franken. Dort kann dann ein Veto eingelegt werden, und das Geschäft wird nicht getätigt; dazu hat der Rat dann nichts mehr zu sagen.

Heute sollen wir beschliessen, aber die Militärkommissionen sagen dann später, ob die Anschaffung nötig ist oder nicht. So geht das doch nicht. Der Rat hier sagt, ob es nötig ist oder nicht. Ich sehe gar nicht ein, weshalb das EMD und die Kommission Sie hier bei der Mitsprache ausschliessen wollen. Was fürchtet man eigentlich?

Das normalste Verfahren heute wäre doch, 200 000 Gewehre zu beschliessen, und dann – etwa in vier, fünf Jahren, wenn es doch so aussieht, dass wir eine so grosse Armee behalten – wird eine vorberatende Militärkommission einen Antrag stellen, der hier im Rat zur Abstimmung kommen wird. Vielleicht benötigen wir dazu eine Stunde in den Räten. Aber das ist dann immer noch besser, als einer Kommission die Kompetenz über 350 Millionen Franken zu erteilen – und zwar nicht etwa für heute oder morgen, sondern für vier, fünf Jahre später, wenn der Rat ganz anders zusammengesetzt sein wird, wenn alle, die heute in der Militärkommission sind, wahrscheinlich gar nicht mehr Mitglieder dieser Kommission sein werden.

Das ist ein absolut ungewöhnliches, ein merkwürdiges, ein dubioses Verfahren, das ich strikte ablehne. Es geht nicht an, etwas zu bewilligen und dann zu sagen: Eigentlich haben wir es nicht bewilligt, und die Notbremse soll dann irgend jemand anders ziehen; wir wissen gar noch nicht, wer es sein wird.

Es gibt nur ein sauberes Verfahren: Sie beschliessen heute, was das EMD wirklich will und braucht, nämlich diese 200 000 Sturmgewehre. Dann sollen in vier Jahren unsere Kollegen und Kolleginnen schauen, wie es weitergeht.

Ich ersuche Sie, unserem Antrag zu Artikel 1, den ich jetzt hier beim Eintreten begründet habe, zuzustimmen und auf die Vorlage einzutreten.

Weber-Schwyz: Im Namen der FDP-Fraktion bitte ich Sie, auf dieses Rüstungsprogramm 1990 einzutreten. Ich bitte Sie gleichzeitig, den Nichteintretensantrag von Frau Leutenegger Oberholzer zurückzuweisen.

Ich glaube, die Begründungen sind wirklich fadenscheinig, wenn man nun versucht, das Resultat der Volksabstimmung vom November 1989 so zu interpretieren, dass wir keine Rüstungsbedürfnisse mehr hätten. Ich darf hier ganz klar feststellen: Zwei Drittel des Schweizer Volkes wollen eine Armee, und der Selbstverteidigungswille unseres Volkes ist nach wie vor intakt.

Bemerkenswert – ja sehr pikant – aber ist, dass die grüne Frau Leutenegger Oberholzer neustens dem EMD eine rosarote Brille zuteilen will. Es scheint, dass man sich tatsächlich von der roten Farbe lösen will.

Die Rüstungsbotschaft sieht Beschaffungen vor, die man füglich als für den Wehrmann wichtig bezeichnen muss. Wir denken insbesondere an die Beschaffung der Kampfstiefel, ein Vorhaben, das schon längst hätte verwirklicht werden müssen.

Wir befürworten auch die Beschaffung von Sturmgewehren, welche als Anschluss-Serie an die laufende Produktion zu betrachten ist. Wir unterstützen die Kommissionsmehrheit darin, insgesamt 300 000 Stück Sturmgewehre zu beschaffen und einstweilen – im Einvernehmen mit dem Vorsteher des EMD – 200 000 Stück zu bestellen, mit der Option, weitere 100 000 Stück, je nach Bestandesbedürfnissen der Armee, durch die Militärkommissionen beider Räte freizugeben.

Ich meine, das ist nichts Neues. Ähnliche Kompetenzen hat man parlamentarischen Kommissionen schon früher gegeben. Man kann auch so bedürfnisgerecht und termingerecht handeln.

Dass dieses Sturmgewehr 90 eine gute Waffe ist, beweist die Tatsache, dass bereits über 25 000 Stück von Privatpersonen bei der Lieferfirma bestellt wurden. Sie sehen, die Schweizer Bürger wollen dieses Sturmgewehr. Es ist gut, und darum soll

es auch als persönliche Waffe allen unseren Wehrmännern zugeteilt werden.

Wie bereits 1984 in der Rüstungsbotschaft angekündigt, wird uns ein Antrag auf einen Zusatzkredit zur Beschaffung der Panzer 87 Leopard unterbreitet. Es geht darum, die Teuerung auszugleichen oder allfällige Mehrkosten zu beschliessen. Hier lohnt es sich doch, rückblickend nochmals diese Beschaffungsgeschichte kurz zu beleuchten.

Sie erinnern sich, dass im Vorfeld dieses Beschaffungsgeschäftes grosse Kontroversen über die Art der Beschaffung des Panzers 87 Leopard im Gang waren. Man hat mit einem sehr kostspieligen Gutachten des Oberexperten Hayek dem Parlament empfehlen wollen, sich auf keine Lizenzproduktion einzulassen, diese Panzer ab der Stange in Deutschland einzukaufen. Die Militärkommissionen und das Parlament sind diesen Vorschlägen zum Glück nicht gefolgt. Die Art der Generalunternehmungslösung, wie sie dann vom EMD konzipiert wurde, hat sich bewährt. Dieses Beschaffungsprogramm ist vorzüglich verlaufen bezüglich Kosten, Terminen, Leistung, Qualität und vor allem auch bezüglich schweizerischer Beteiligung.

Wir könnten heute rein rechnerisch eine Teuerung von 475 Millionen Franken aufrechnen. Tatsächlich beansprucht das Geschäft aber nur 265 Millionen Franken. Es ist also doch ein Spareffekt festzustellen, vor allem deshalb, weil damals das Parlament beschlossen hat, die Vollserie zu bestellen. Hier dürfen wir auf eine Erfolgsstory hinweisen, das war ein erfreuliches, gut verlaufenes Beschaffungsgeschäft.

Ich erinnere daran, dass der Ständerat dieses Rüstungsprogramm 90 bereits verabschiedet hat und die nationalrätliche Kommission Eintreten auf dieses Programm empfiehlt. Trotzdem seien einige Bemerkungen allgemeiner Natur angebracht:

Wir wollen mit diesem Beschaffungsprogramm der Armeereform 95 nicht vorgreifen, aber jetzt schon klar zu bedenken geben, dass sich die Beschaffungspolitik der Zukunft nicht nur auf die Verbesserung der persönlichen Ausrüstung der Truppe beschränken sollte. Dies hätte man schon früher machen sollen, nämlich mehr in die persönliche Ausrüstung investieren.

Es sind aber noch weitere Erneuerungsbedürfnisse für unsere Armee vorhanden. Wir denken an die Kampfwertsteigerungen unserer Mittelkaliberflab oder an die längst fällige Beschaffung eines neuen Raketenrohres. Wir denken auch an Verbesserungen des Elektronikbereiches für verschiedene Waffensysteme; hier hat uns der Golfkrieg vermutlich eine klare Lektion bezüglich Führungs- und Elektronikgrundlagen erteilt.

Natürlich übersehen wir die tiefgreifenden Wandlungen in Europa nicht, und es ist sicher, dass unsere sicherheitspolitische Konzeption für die militärische Landesverteidigung Änderungen bringt. Dies kann aber nicht auf Kosten der Qualität gehen, das heisst zu Lasten einer modernen Ausrüstung. Im Gegenteil, wenn wir weniger Soldaten haben werden, wird die technische Beschaffenheit von neuen Waffen viel höhere Anforderungen zu erfüllen haben. Damit ist bereits gesagt, dass sich die Beschaffungskosten von neuen Waffensystemen nicht reduzieren, sondern tendenziell eher erhöhen werden.

Den Vergleich zu unseren Nachbarstaaten muss man deshalb immer im Auge behalten. Die kürzlich von der KSZE beschlossene, erfreuliche Reduktion aller Waffen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht das neue Material, sondern dass die alten Waffen vernichtet werden.

Es ist hier besonders hervorzuheben: Trotz Beschlüssen der KSZE hat die Sowjetunion im Januar dieses Jahres eine Erhöhung ihres Rüstungsbudgets um sage und schreibe 30 Prozent beschlossen. Das ist ein Fingerzeig für die westliche Welt. Das heisst klar, dass der Standard unserer Ausrüstung gleich hoch sein muss wie derjenige des Auslandes. Nur das gibt Vertrauen für unsere Soldaten, wenn sie wissen, dass im Ernstfall moderne Waffen zur Verfügung stehen.

Das ist nach wie vor der Grund, weshalb unsere Fraktion der Meinung ist, dass unsere veralteten Flugzeuge möglichst bald ersetzt werden müssen, und zwar durch moderne Maschinen. Das Rüstungsprogramm 90 ist eine vernünftige, dem jetzigen Zeitpunkt angepasste Lösung, die wir voll unterstützen.

Wir bitten Sie um Eintreten.

M. Aguet: Le groupe socialiste entrera en matière sur ce programme d'armement. S'il le réduit, il le votera. Soulignons quelques bonnes raisons d'en être partiellement satisfait.

Premièrement, ce programme est essentiellement consacré à l'équipement du soldat, ce qui correspond bien à nos vœux. Des fusils d'assaut plus légers de 4 kilos, nous n'y sommes pas indifférents. Deuxièmement, s'il est encore trop coûteux, ce programme est sensiblement plus raisonnable que ceux que nous avons eu à combattre ces dernières années. Je vous rappelle quelques chiffres: 1988, 2 milliards 195 millions; 1989, 1 milliard 844 millions; 1990, dont nous parlons maintenant, 1 milliard 407 millions. Le Conseil fédéral va donc dans la bonne direction. Nous ne serions pas objectifs si nous ne soulignons pas ce point précis.

Ce programme n'est pas soumis à notre détermination dans la précipitation, c'est le moins que l'on puisse dire. Il a en effet été proposé l'an dernier déjà et il a été admis depuis longtemps par le Conseil des Etats. Il ne nous propose pas, comme nous l'avions craint en 1989, l'achat des coûteux F-18 pour lesquels nous avons déjà voté quelques millions en 1989, précisément, soit pour les hangars – à Sion, en particulier – soit pour la formation des pilotes.

Cette prudence s'explique sûrement par tout ce que l'année 1990 nous a apporté d'informations sur les pratiques de l'état-major. Vous vous en souvenez: il y a eu l'histoire des fichiers, celle de l'armée secrète, celle des fausses factures. Cette prudence s'explique peut-être aussi par certaines échéances électorales de l'automne 1991. Peu importe. Dans un premier temps, les socialistes membres de la Commission militaire avaient voté ce programme, c'est vous dire leur bonne volonté!

Il y a pourtant eu un mais, et un mais d'importance dont nos deux rapporteurs nous ont parlé tout à l'heure. Les socialistes sont d'avis qu'une armée ramenée à un chiffre se situant entre 100 et 200 000 soldats est largement suffisante pour assurer la sécurité du pays. S'ils ont voté ce programme dans un premier temps, c'est que l'assurance avait été donnée oralement par M. Villiger, conseiller fédéral, que les fournitures et les livraisons pouvaient être interrompues en tout temps. Nous avons voulu connaître la teneur exacte du contrat. Nous avons demandé avec détermination et insistance – trois demandes successives – que cette possibilité d'interrompre les livraisons soit confirmée par écrit. Lorsqu'enfin les documents ont été remis au président du parti, M. Bodenmann, conseiller national, il a fallu déchanter: les premières garanties n'étaient pas confirmées.

Nous devons nous placer dans un contexte plus large. Les dangers qui ont pu menacer notre pays n'existent plus. Le bloc de l'Est s'est désagrégé, son alliance militaire est dissoute, les responsables de tous ces pays, à commencer par l'URSS, n'ont plus qu'une seule idée: copier notre système économique et instaurer la démocratie. Le grand méchant loup, l'épouvantail que l'on agite depuis si longtemps, est sans force. Même s'il devait rater son évolution rapide vers la démocratie – ce que nous ne souhaitons pas – même si l'armée devait y reprendre une influence importante, comme chez nous, le danger ne sera plus jamais le même que pendant les années 50 et 60.

En ce qui concerne les dangers qui seraient susceptibles de venir de nos proches voisins, ils fondent comme neige au soleil. L'Europe occidentale est appelée à devenir très vite une seule communauté d'intérêts. La Communauté des Douze exerce une attraction formidable sur les Six de l'AELE et aussi sur les pays de l'Est. Nos proches voisins, et peut-être nous avec, ne connaîtront bientôt plus les frontières qui les séparent. Ils avancent rapidement vers une monnaie commune, ils envisagent avec sérieux une défense commune.

Quant aux dangers qui peuvent venir d'une autre partie du monde, il ne faut pas les exclure, mais si l'ONU est maintenant apte à faire respecter le droit international, elle doit être de plus en plus apte à organiser la paix mondiale.

Dans ces perspectives extrêmement favorables, nous ne pouvons rester accrochés à notre formidable arsenal, à notre politique du hérisson, à nos dépenses démesurées. Cette paix doit être construite. Il en coûtera aussi de l'argent, la justice qui

peut engendrer cette paix ne sera pas gratuite. Nous avons le devoir de repenser complètement notre politique de sécurité, mais il faut le faire dans un esprit positif, et non pas dans l'idée de sauver les meubles d'une conception de défense dépassée qui doit être reprise dans son ensemble. Nous devons prendre aussi notre part dans la stratégie de paix et de sécurité de la grande Europe.

En ce qui concerne les chiffres, les experts avec lesquels travaille le Parti socialiste suisse n'ont pas encore défini le nombre de soldats qu'il convient d'organiser pour que notre armée garde sa crédibilité. On sait que cette crédibilité ne tient pas au nombre de soldats, d'avions ou de tanks. La crédibilité d'une armée tient à la volonté de défense de ceux qui la composent. La quatrième armée du monde, celle de Saddam Hussein, en a donné la preuve par la négative, alors que celle du Vietnam en avait donné la preuve positive. Une autre comparaison est possible. L'Allemagne, notre grande voisine, aura une armée de 360 000 hommes pour 80 millions d'habitants. Si nous ne voulons faire qu'une règle de trois par rapport à nos 6,5 millions d'habitants, c'est seulement 30 000 soldats qui seraient suffisants. Or, pourquoi faut-il acheter encore 300 000 fusils alors que nous en avons déjà 150 000? Parce que les stratèges qui préparent «Armée 95» ont estimé qu'il fallait porter à 450 000, voire 400 000, le nombre des soldats indispensables à notre sécurité. Nous le contestons. Nous attendons des preuves et d'ailleurs ces preuves pourraient-elles être données? Dans cette attente, nous demandons que ces achats soient réalisés par tranches. Une proposition qui figure sur le dépliant sera défendue par M. Ledergerber. Ce n'est que si cette proposition est acceptée que nous voterons le Programme d'armement 1990.

Je ne dirai pas grand-chose de l'achat des bottes de combat. Nous sommes très heureux d'apprendre, à la page 18 du message rédigé en français, «qu'elles permettent d'effectuer des marches». Pour des commandes aussi importantes, le prix nous semble exagéré. Mais on nous a dit – et les rapporteurs l'ont précisé tout à l'heure – que la qualité du matériel choisi est exceptionnelle. Elles sont également trop nombreuses, mais les bottes s'usent même en temps de paix, et nous ne déposerons pas d'amendement à ce sujet.

Rien non plus sur le crédit additionnel relatif aux chars 87 Leopard. Quand le vin est tiré il faut le boire. 3,5 milliards, c'est lourd et notre tranche de 1990 est de 265 millions.

La controverse a surtout porté sur le contrat passé avec la maison SIG. Le Conseil fédéral a tenu compte des incertitudes relatives aux effectifs de l'armée. S'il admet que 450 000 pièces ne seront pas forcément nécessaires, il a admis un contrat dont la première étape est de 200 000 fusils. Ces 200 000 – je le répète – s'ajoutent aux 150 000 dont nous disposons déjà ou, pour le moins, dont nous avons déjà passé commande. Il n'y aurait donc aucun préjudice pour la Confédération si, avant la fin 1994, elle avertissait son fournisseur que les derniers 100 000 fusils d'assaut étaient supprimés. Au cas où nous déciderions en 1993 ou 1994 de diminuer cette première tranche de 200 000 unités, le Groupement de l'armement précise que la SIG devrait être dédommagée. Il faut se rappeler que le fournisseur passe des contrats avec de nombreux sous-traitants.

Nous avons la conviction absolue que nous n'avons plus à entretenir une armée disproportionnée par rapport aux efforts de défense de nos voisins, que si l'Autriche se contente de deux soldats au km², que si la France se contente de moins d'un soldat au km², que si l'URSS de M. Brejnev se contentait de moins de 0,2 soldat au km², il est indécent d'entretenir une armée mobilisable en quelques jours de plus de 600 000 soldats, soit plus de 15 soldats au km².

La proposition «Armée 95» diminue cette armée à environ 450 000 hommes. Nous admettons que la Suisse fasse un effort plus important que la France par exemple, mais une armée proportionnellement dix fois plus nombreuse est absolument inadmissible.

Avec notre proposition d'ajouter aujourd'hui une commande de 100 000 fusils d'assaut 90 aux 150 000 déjà en service, nous admettons une armée d'environ 250 000 hommes. C'est supérieur à ce qui nous semble raisonnable. C'est environ

5 fois plus important que la France, si l'on compare le nombre de soldats au km². Nous nous doutons bien qu'une telle attitude va faire passer le Parti socialiste pour une force politique militariste dans une partie de l'opinion publique. Mais l'évolution qui se fait jour dans les décisions du Conseil fédéral (redéfinition de la politique de sécurité, réflexions de la «Commission Schoch», ouverture de la part d'un groupe d'officiers qui s'appelle Napf, diminution financière sensible du programme d'armement 90) nous conduit, nous socialistes aussi, à faire un bout de chemin dans la direction de l'état-major et du Conseil fédéral.

Nous voterons donc ce programme, sous réserve que la proposition de minorité Ledergerber ait obtenu votre appui.

Feigenwinter, Berichterstatter: Ich möchte nur ganz kurz Stellung zum Nichteintretensantrag Leutenegger Oberholzer nehmen. Frau Leutenegger hat dieses Rüstungsprogramm als Hoppla-Hopp-Ersatzprogramm bezeichnet, und zwar mit dem Hinweis darauf, dass ursprünglich die Flugzeuge zur Beschaffung vorgesehen gewesen wären und dass man jetzt aus lauter Verlegenheit diese Sturmgewehre gebracht habe. Wenn Sie mir genau zugehört hätten, Frau Leutenegger, hätten Sie feststellen können, dass ursprünglich die Beschaffung der Sturmgewehre im Rüstungsprogramm 90 vorgesehen war und die Kampfflugzeuge erst 1991 oder 1992 hätten beschafft werden sollen. Man hat das umgestellt, was natürlich immer wieder vorkommen kann, wenn man andere Prioritäten setzt. Aber der Zusammenhang mit der Bestellung von 135 000 Sturmgewehren im Jahre 1987 und die Notwendigkeit, dieses Modell für die ganze Armee einzuführen, sind natürlich durchaus gegeben. Das ist kein Hoppla-Hopp-Entscheid, sondern das ist ein Entscheid, der 1987 bereits präjudiziert worden ist. Man hat Ihnen, wie Sie zu Recht gesagt haben, die Kommissionsprotokolle nicht zur Verfügung gestellt. Sie haben kritisiert, dass die Kommission auch nicht genügend orientiert gewesen sei. Das ist nur bedingt richtig. Die Kommission hat in einer ersten Sitzung den finanziellen Umfang dieses Rüstungsprogrammes diskutiert und erhielt dann im nachhinein auch die Abwicklungsverträge für dieses Rüstungsprogramm. Denn noch sind die Verträge für die Beschaffung von 300 000 Sturmgewehren gar nicht unterzeichnet. Sie werden erst unterzeichnet werden, wenn das Parlament den Verpflichtungskredit bewilligt. Und weil wir diese zweite Phase auch betrachtet und geprüft haben, was meines Erachtens richtig ist – es war bis anhin nicht üblich –, haben wir in einer zweiten Sitzung diese Fragen noch einmal ausgiebig besprochen. Die Kommission ist zu keinem anderen Entscheid gekommen als nach der ersten Sitzung, was auch beweist, dass diese unvollständige Orientierung nicht so wesentlich gewesen ist, wie das hier dargestellt wurde. Es lag mir auch als Kommissionspräsident daran, diese rechtlichen Unsicherheiten abzuklären und absolute Klarheit zu schaffen. Und das haben wir gemacht. Ich habe über den Gang dieser Verhandlungen orientiert, und es lag kein Anlass vor, Sie anders zu behandeln als andere Mitglieder dieses Rates, weil die Protokolle der Kommissionen nur den Kommissionsmitgliedern zugestellt werden. Ich bitte Sie, den Nichteintretensantrag von Frau Leutenegger Oberholzer abzulehnen.

M. Leuba, rapporteur: La proposition de Mme Leutenegger Oberholzer n'a naturellement pas été discutée en commission. On peut même dire que si des divergences ont surgi, notamment sur le nombre de fusils d'assaut à commander ferme ou en option, l'ensemble de la commission a reconnu globalement que le message était raisonnable et équilibré. Dès lors, il est évident que cela conduit la commission à vous demander d'entrer en matière.

La situation paraît relativement claire. Le peuple suisse – je le répète à l'intention de M. Rebeaud – a décidé, le 26 novembre 1989, le maintien de l'armée. Le rapport sur la politique de sécurité a été déposé entre-temps. Il arrive évidemment aux mêmes conclusions. Dès lors, il est clair que si nous maintenons une armée, nous devons continuer à lui fournir l'équipement nécessaire. La commission s'est placée dans ce cadre-là exclusivement. Par conséquent, introduire ici la notion d'une

nouvelle politique de sécurité ou une notion de politique financière est hors de propos et du sujet qui nous préoccupe.

Je donne volontiers acte à Mme Leutenegger Oberholzer que la question des bottes de combat est discutable. On aurait pu la passer par le budget ordinaire, c'est une question de technique financière. J'ai un peu l'impression que Mme Leutenegger Oberholzer est favorable aux dépenses militaires à condition que nous allions de plus en plus vers le Club Méditerranée et que surtout on ne fasse pas faire aux soldats quelque chose qui ressemble à un exercice militaire: dans ces conditions, on peut voter les crédits. Je crois que c'est la raison de l'accord de notre collègue avec les bottes de combat. Pour le reste, la majorité de la commission estime qu'il faut aussi doter nos soldats de quelques armes pour qu'ils puissent accomplir leur mission. C'est la raison pour laquelle je vous demande, au nom de la commission, de rejeter la proposition de Mme Leutenegger Oberholzer.

Bundesrat Villiger: Zum Inhalt des Programms möchte ich mich nicht äussern. Das haben Kommissionspräsident und -sprecher eingehend getan. Ich will nichts wiederholen. Ich möchte versuchen, dieses Programm in die längerfristigen Perspektiven der Armeeentwicklung einzubetten.

Zuerst möchte ich mich aber kurz zum Antrag von Frau Leutenegger Oberholzer äussern.

Sie hat anscheinend – das ist meine Erfahrung, seit ich sie kenne – einen derart grossen Abscheu gegen alles Militärische, dass sie fast im Sinne eines Rituals bei jeder Militärvorlage Anträge zur Elimination von Elementen dieser Armee stellt. Ich bin ihr immerhin dankbar, dass sie der Armee die Schuhe gönnt.

Zur Anzahl der Sturmgewehre und zu den Verträgen werde ich mich in der Detailberatung äussern, aber ich glaube, die Frage, gar keine Sturmgewehre mehr zu beschaffen, sollten wir nicht ernsthaft erwägen. Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Ich möchte aber etwas zur Aufteilung zwischen AEB und Rüstungsprogramm sagen. Das ist eine Frage, die häufig zu Unklarheiten Anlass gibt. Die laufenden Nachbeschaffungen von Teilen der persönlichen Ausrüstung, namentlich diejenigen der Rekruten, erfolgen in der Regel über das AEB, d. h. über die persönliche Ausrüstung und den Erneuerungsbedarf. Für die persönliche Ausrüstung werden normalerweise 140 bis 150 Millionen Franken pro Jahr benötigt.

Die Kriterien für die Abgrenzung des AEB vom eigentlichen Rüstungsprogramm sind in der Verordnung über die Beschaffung von Armeematerial vom 25. April 1986 festgehalten. Ich darf den Artikel 21 Buchstaben a und c zitieren: «In das Rüstungsprogramm ist in der Regel aufzunehmen:

- a. das Armeematerial, das erstmals beschafft wird;
- c. Vorhaben, die den finanziellen Rahmen des jährlichen Budgets für die persönliche Ausrüstung und den Erneuerungsbedarf überschreiten.»

Sowohl die Sturmgewehre 90 als auch die Kampfstiefel erfüllen die Kriterien zur Aufnahme ins Rüstungsprogramm: das Sturmgewehr 90, weil es den finanziellen Rahmen des jährlichen AEB sprengt, und die Kampfstiefel, weil sie eine erstmalige Beschaffung sind. Ein ähnlicher Fall aus der neueren Geschichte war die Kampfbekleidung und die Gefechtspackung für 220 Millionen Franken im Rüstungsprogramm 1989.

Übrigens würde durch diese Verlagerung im AEB dieses Geschäft von der Militärkommission an die Finanzkommission übergehen.

Ursprünglich war vorgesehen, das Kampfflugzeug im Rüstungsprogramm 90 vorzuschlagen. Die Regierungsparteien äusserten darauf den Wunsch, vorher die Debatte über den Bericht zur Sicherheitspolitik führen zu können. Der Bundesrat hat diese Zwangspause genutzt, um ein weiteres Flugzeug zu evaluieren. Gleichzeitig mussten wir unter diesen Umständen, die von den politischen Kreisen geschaffen worden sind, ein alternatives Rüstungsprogramm vorlegen.

Das Rüstungsprogramm 90 kommt jedem einzelnen Wehrmann zugute. Es verbessert seine persönliche Ausrüstung wesentlich, und ich glaube, wir sind das dem Wehrmann schuldig. Eine verbesserte persönliche Ausrüstung ist natürlich

nicht das einzige, was wir in dieser Armee brauchen. Wir werden deshalb mit den nächsten Rüstungsprogrammen wieder hochwertige und moderne Waffensysteme beschaffen müssen, weil die Kampfkraft und die Dissuasion der Armee dies erfordern. Ohne harte Währung in der Rüstung nützt die beste Manpower nichts.

Im Bericht zur Sicherheitspolitik hat der Bundesrat den Auftrag der Armee umschrieben. Er ist ein dreifacher; Sie werden hier darüber diskutieren können:

Der erste Auftrag der Armee umfasst die Kriegsverhinderung und die Verteidigung. Das ist auch in Zukunft der Hauptauftrag der Armee. Diesen Auftrag müssen wir in jedem Falle – nach Verfassung –, auch bei geringerer Bedrohung als früher, angemessen und glaubwürdig erfüllen können.

Der zweite Auftrag der Armee sind die friedensfördernden Massnahmen. Hier kann die Armee durch ein ganzes Bündel von Massnahmen einen Beitrag an die positive Entwicklung und Befriedung der internationalen Lage leisten. Wir möchten versuchen, Ihnen noch dieses Jahr eine Blauhelmvorlage vorzulegen.

Der dritte Auftrag der Armee ist die Hilfeleistung. Die Armee ist in der Lage, im Falle von Katastrophen unterschiedlicher Art zusätzliche Leistungen zu erbringen.

Den Hauptauftrag, die Kriegsverhinderung durch Verteidigungsfähigkeit, kann unsere Armee nur mit Hochleistungswaffen erfüllen. Wer eine «Armee light» in Form einer Infanteriearmee mit leichten Waffen fordert, ist meines Erachtens nicht ganz ehrlich. Er sollte lieber dazu stehen, dass er eigentlich gar keine Armee mehr will.

Wenn ich jetzt mal zynisch sein wollte, würde ich sagen, eine solche Armee könnte man bestenfalls noch zur Verstärkung des Grenzwachtkorps brauchen, aber sonst für nichts. Der Golfkrieg hat das eindrücklich bestätigt.

Natürlich müssen die Lehren aus diesem Krieg noch sehr eingehend analysiert werden. Ich kann Ihnen sagen, dass wir dies im Moment tun, aber es wird noch eine gewisse Zeit brauchen, weil die Informationen noch immer spärlich sind.

Wir werden diese Analyse vornehmen und daraus die Schlüsse für unsere Landesverteidigung ziehen. Es sind aber schon jetzt einige Erkenntnisse offensichtlich. Ich will nur eine davon erwähnen, nämlich die, dass eine Armee ohne modernes Material und feuerstarke Waffensysteme nutzlos ist. Die irakische Armee war immerhin materialmässig derart dissuasiv, dass die Alliierten eine gewaltige und teure Streitmacht aufmarschieren lassen mussten. Solange die Schweiz Hochleistungswaffen hat, ist der Eintrittspreis derart hoch, dass ihn kaum je jemand wird entrichten wollen. Und das ist der Sinn der Armee. Eine Infanteriearmee hingegen ohne Hochleistungswaffen oder eine mechanisierte Armee mit veralteten Systemen hätte keinerlei Dissuasionswert.

Ich möchte nun kurz auf das sicherheitspolitische Umfeld eingehen: Die Jahre 1989 und 1990 waren die Jahre der Hoffnung. Eine Ereigniskette, die so positiv war, dass es fast an ein Wunder gemahnt, hat von der Oeffnungspolitik von Reagan und Gorbatschow über die friedliche Befreiung der osteuropäischen Länder und die Vereinigung Deutschlands bis zur offiziellen Beendigung des kalten Krieges am Pariser KSZE-Gipfel geführt.

In diesem Klima der Friedenseuphorie hat der Bundesrat den Bericht zur Sicherheitspolitik publiziert. Dieser hat zwei Hauptpfeiler, die ich kurz wiederholen will:

1. Das Leisten von Beiträgen an ein sichereres Europa. Das ist neu in dieser Akzentuierung;
2. Das Gewappnetbleiben für Rückschläge, für verbleibende oder neue Risiken.

Die Tatsache, dass der Bericht auf Risiken im machtpolitischen Bereich hinwies und dass der Bundesrat auch deutlich gesagt hat, dass er nach wie vor eine glaubwürdige Landesverteidigung für notwendig hält, hat in gewissen Kreisen zu Kritik geführt.

Gegen Ende 1990 und Anfang 1991 hat die Periode der Ernüchterung begonnen. Seit der Publikation des Berichtes haben sich mehr Risiken akzentuiert als Hoffnungen erfüllt. Ich darf dazu nur einige Stichworte geben: beispielsweise der steigende Einfluss der linkskonservativen, militärlastigen Kräfte in

der Sowjetunion, das dadurch bedingte Stocken im Abrüstungsprozess oder die Ereignisse im Baltikum, die Sie kennen. Ich denke auch an die Zerreihsprobe in Jugoslawien und eben an den Golfkrieg.

Die Politik neigt heutzutage dazu, aus der momentanen Tagesstimmung heraus zu operieren. Das ist an sich falsch, aber es ist gerade auch bei der Sicherheitspolitik falsch. Sicherheitspolitik muss sich nach langfristigen Zielen und nach langfristigen Ueberlegungen richten, und gerade eine Armee muss langfristig konzipiert sein: Sie können nicht jedes Jahr eine andere Armee mit anderen Waffen und anderen Beständen und anderer Ausbildung aus dem Boden stampfen.

Noch 1990 habe ich vor zu grosser Euphorie gewarnt. Ich meine aber: Jetzt, wo wir etwas ernüchtert sind, sollten wir auch nicht ins Gegenteil verfallen. Vieles an der positiven Entwicklung der letzten zwei Jahre ist irreversibel. Ich bin überzeugt, dass die Chancen für ein besseres Europa trotz der Turbulenzen, die wir erleben, nach wie vor intakt sind. Das bedeutet aber, dass Europa eine kluge Sicherheitspolitik betreiben muss. Ich meine: Es bedeutet auch, dass dieser erste erwählte Pfeiler der Sicherheitspolitik, den Ihnen der Bundesrat vorlegt, nach wie vor richtig ist.

Diese gesamthaft verbesserte sicherheitspolitische Lage rechtfertigt es militärisch, die signifikante Verkleinerung unserer «Armee 95» vorzunehmen, die auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Gründe hat. Mit Blick auf die sicherheitspolitische Lage und die europäischen Abrüstungsbestrebungen habe ich eingewilligt, die Rüstungsausgaben im letzten Finanzplan, den Sie hier genehmigt haben, nominell einzufrieren: Das EMD wird dadurch in den nächsten vier Jahren nur mehr ein unbedeutendes Ausgabenwachstum haben, das gegenüber den anderen Bundesausgaben sehr stark abfällt. Es wird auch stark unter der angenommenen Teuerung liegen, noch viel stärker unter der Teuerung, die wir wahrscheinlich erleben werden. Damit leisten die Armee und das EMD einen substantiellen Beitrag an eine gesunde Entwicklung unseres Bundeshaushaltes.

Diese Finanzpolitik zwingt aber das EMD zu sehr klaren Prioritäten, und wir können die reale Verringerung der Rüstungsausgaben nicht beliebig fortsetzen. Die Rüstungsausgaben werden spätestens ab Mitte der neunziger Jahre mindestens wieder der Teuerung angepasst werden müssen, wenn unsere Ausrüstung nicht schleichend überaltern soll. Wir werden Ihnen also wieder Rüstungsprogramme unterbreiten, die wichtige Lücken schliessen.

Dazu gehören zum Beispiel der Ersatz des veralteten Raketenrohrs durch die moderne Panzerfaust und ein moderner C-Schutz für den Soldaten: Die C-Waffe ist eine Realität; es ist nur dem raschen Erfolg der Alliierten am Golf zu verdanken, dass dort kein C-Krieg geführt worden ist. In absehbarer Zeit wird aber auch die Modernisierung unserer Luftverteidigung unausweichlich sein, wenn unsere Armee ihre Glaubwürdigkeit behalten soll.

«Armee 95» wird nach 1995 unseren Handlungsspielraum – so hoffe ich – bei verschiedenen Ressourcen wieder etwas erhöhen. «Armee 95» wird aber keinesfalls eine billige Armee sein. Ueber die Bestandesfrage wird sich das Parlament eingehend unterhalten können. Es sind in dieser Richtung heute schon Aeusserungen gemacht worden. Da und dort werden – Sie haben das auch gehört – Reduktionen gefordert, die viel weiter gehen als «Armee 95».

Die Frage der Struktur der Armee ist damit aufgeworfen. «Armee 95» muss mit den heute vorhandenen Waffen anfangen. Es ist also nicht möglich, ohne enormen Aufwand, den niemand finanziell leisten kann, plötzlich etwas völlig Neues zu kreieren. Man könnte das auch ausbildungsmässig nicht.

Wir werden Ihnen das Armeeleitbild für die «Armee 95» – so hoffe ich – im Frühjahr des nächsten Jahres unterbreiten können. Darin wird die Konzeption enthalten sein; darin werden die Grundlinien der Rüstung, der Ausbildung, die Philosophie der Ausbildung, die Eckwerte von «Armee 95» enthalten sein, und Sie werden das vertieft besprechen können.

Im Moment ist ein gewaltiges Brainstorming im Gange, und die Diskussion geht in alle Richtungen: Nachdem wir damals, vor zwei Jahren, noch gerügt worden sind, wir würden viel zu

viel abbauen, gehen heute die Ideen von einer Freiwilligenarmee bis zu einer Berufsarmee von 50 000 Mann.

Der Bundesrat hält im Bericht zur Sicherheitspolitik 1990 am Milizprinzip fest, und die «Armee 95» basiert darauf. Dieses Milizprinzip ist nach wie vor die für unser Land angemessene Wehrform. Sie entspricht unserer Tradition; sie entspricht unserem Volkscharakter; sie ist angemessen, und sie findet interessanterweise im Ausland, wo jetzt auch Armeen umgebaut werden, wo man mehr mit Reserve- statt mit Berufsarmeen arbeiten will, grosses Interesse. Ich wundere mich immer, dass im Ausland gelobt wird, was hier kritisiert wird.

Eine Berufsarmee wäre viel teurer: Rechnen Sie nur einmal die Saläre zusammen! Die Wehrmänner müssten das ganze Jahr bezahlt werden, auch wenn sie nichts zu tun hätten. In einer Freiwilligenarmee würden nur noch die Militärbegeisterten Dienst leisten. Ich meine, dass das keine Volksarmee mehr wäre und dass die Gefahr der Bildung einer Militärkaste hier grösser wäre – auch wenn es für die militärischen Führer einfacher wäre, nur mit Begeisterten zu arbeiten. Ich glaube nicht, dass unser Volk für so etwas zu haben wäre. Ich selber bin vom Modell der Volksarmee auch aus politischen Gründen überzeugt.

Wir dürfen die Landesverteidigung nicht nur technokratisch betrachten. Eine Milizarmee wird immer eine gewisse Grösse haben, aber Sie dürfen diese Grösse nie mit stehenden Heeren vergleichen. Wenn Deutschland jetzt eine Heeresgrösse von 370 000 Mann erhalten wird, wird jedes Jahr ein neuer Jahrgang von 300 000 ausgebildet. Deutschland kann damit also innert zehn Jahren ohne Probleme ein 3-Millionen-Heer aufbauen. Das ist auch eine politische Richtgrösse, die nicht von der Verteidigung her definiert ist. Deutschland hat diese Armee als Preis für die Vereinigung an die Sowjetunion bezahlt. Aber das wird möglicherweise die modernste und leistungsfähigste Armee der Welt werden.

Trotzdem soll «Armee 95» – die Zahl ist genannt worden – einen Sollbestand von 400 000 – Kontrollbestand etwas mehr – und eine Struktur erhalten, die ein gewisses Abbaupotential enthält. Ein solcher weiterer Abbau ist aber nur dann vertretbar, wenn nach der Realisierung der konventionellen Abrüstung im Rahmen von CFE 1 noch weitere signifikante Abrüstungsmassnahmen in Europa beschlossen werden. Und Sie wissen, CFE 1 ist noch nicht einmal ratifiziert.

Von diesen weiteren Schritten wird hin und wieder gesprochen. Real ist aber nichts dergleichen in Sicht. Mit «Armee 95» gehen wir im Moment auch zeitlich ungefähr im Gleichschritt mit dem übrigen Europa. Wir sind sogar an der vorderen Front im Personalabbau, allerdings nur dann, wenn CFE 1 wirklich implementiert wird. Ich meine, dass wir weitere Vorleistungen auch bestandesmässig nicht erbringen sollten und dass sie nicht gerechtfertigt sind. Sie würden uns vor allem dann in Schwierigkeiten bringen, wenn wir in gesamteuropäische Abrüstungsrunden eingeschlossen würden, weil bei solchen Verhandlungen Vorleistungen in der Regel nicht angerechnet werden.

Auch wir müssten an solchen Verhandlungen teilnehmen; diese würden nicht mehr zwischen Blöcken stattfinden, weil es Blöcke nicht mehr gibt, sondern wahrscheinlich im KSZE-Rahmen zwischen Einzelstaaten, multilateral. Wir müssen in solche Verhandlungen auch etwas Glaubwürdiges einbringen können.

Nach diesem Tour d'horizon komme ich zurück zum Rüstungsprogramm: Der Golfkrieg hat nicht nur gezeigt, dass leistungsfähige Waffensysteme nötig sind; er hat auch gezeigt, dass trotz Technologie und trotz Elektronik der Faktor Mensch nach wie vor entscheidend ist. Wenn wir in diesem Rüstungsprogramm etwas für den Wehrmann tun, verbessern wir damit seine persönliche Ausrüstung, seine persönliche Kampfkraft, seinen persönlichen Schutz. Ich meine: das ist richtig, denn das höchste Gut in der Armee ist nach wie vor der Mensch.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission (Eintreten)	126 Stimmen
Für den Antrag Leutenegger Oberholzer (Nichteintreten)	12 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Ledergerber, Aguet, Bodenmann, Hubacher, Neukomm)

Abs. 1

Der Beschaffung von 100 000 Sturmgewehren 90 samt

Abs. 2

.....	
a. für Sturmgewehre 90 und zugehörige Munition	376 000 000 Fr.
.....	

Antrag Hess Peter

Abs. 2

(Gemäss Entwurf des Bundesrates)

Es werden hierfür folgende Verpflichtungskredite bewilligt:

a. für Sturmgewehr 90 und zugehörige Munition	696 000 000 Fr.
b. für Kampfstiefel 90	66 000 000 Fr.
c. für einen teuerungsbedingten Zusatzkredit zur Beschaffung der Panzer 87 Leopard	265 000 000 Fr.

Antrag Günter

Abs. 2

.....	
a. für Sturmgewehre 90 und zugehörige Munition	776 000 000 Fr.
.....	

Art. 1

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Ledergerber, Aguet, Bodenmann, Hubacher, Neukomm)

Al. 1

L'acquisition de 100 000 fusils d'assaut 90 avec

Al. 2

.....	
a. Pour les fusils d'assaut 90 et les munitions afférentes	376 000 000 fr.
.....	

Proposition Hess Peter

Al. 2

(Selon le projet du Conseil fédéral)

Les crédits d'engagement suivants sont ouverts:

a. Pour les fusils d'assaut 90 les munitions afférentes	696 000 000 fr.
b. Pour les bottes de combat 90	66 000 000 fr.
c. Pour un crédit additionnel dû au renchérissement pour l'acquisition du char 87 Leopard	265 000 000 fr.

Proposition Günter

Al. 2

.....	
a. Pour les fusils d'assaut 90 et les munitions afférentes	776 000 000 fr.
.....	

Ledergerber, Sprecher der Minderheit: Ich möchte Ihnen meinen Antrag begründen, jetzt zusätzlich zu den bereits beschafften 135 000 Sturmgewehren nur weitere 100 000 zu beschaffen. Ich möchte das anhand von zwei Argumentationslinien etwas ausführen.

Herr Bundesrat Villiger, Sie haben in der Eintretensdebatte ein sehr interessantes Votum abgegeben, mit sehr vielen Aussagen, die meines Erachtens wichtig sind, die interessant sind, die aber auch in den kommenden Jahren noch diskutiert werden müssen. Sie haben mir aber eigentlich indirekt darin recht gegeben, dass es verfrüht ist, heute eine so grosse Zahl von Sturmgewehren zu beschaffen und damit ein Präjudiz zu schaffen, wie gross eine zukünftige Armee sein soll.

Ihre Ausführungen waren zu etwa 95 Prozent auf eine Bedrohungsanalyse, die erläutert wurde, ausgerichtet, auf Elemente dieser neuen «Armee 95», von der wir eigentlich offiziell noch nichts wissen. Es liegt keine Botschaft vor, die Strukturen sind immer noch sehr im Nebel, aber Sie haben eigentlich nur über dieses Umfeld, das geklärt werden muss, gesprochen – ein Umfeld, von dem wir mehr wissen müssen, bevor wir weittragende Rüstungsentscheide fällen können.

In diesem Bereich müssen wir doch hier in diesem Rat und in diesem Land endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich einiges fundamental geändert hat – in der sicherheitspolitischen Lage, in der strategischen Beurteilung der Schweiz –, das man nun auch nach diesem unsäglichen Irak-Krieg nicht wieder herbeireden kann. Die Schweiz liegt heute in einer Zone, die wir als nachhaltig befriedet ansehen müssen. Wir sind nicht mehr in der Situation – auf die sich die Schweiz noch im Zweiten Weltkrieg ausgerichtet hatte –, dass wir uns sozusagen als einsamer Igel rundum verteidigen müssen.

Europa ist zusammengewachsen, und wir sind ein Teil davon. Wir müssen heute nicht mehr davon ausgehen, dass wir von einem unserer Nachbarn militärisch bedroht werden, dass wir einen konventionellen oder sogar einen nuklearen Angriff unserer Nachbarn parieren müssen; das wird auch von Ihnen niemand behaupten. Wir müssen und können heute nicht mehr davon ausgehen, dass wir Schweizer und die Schweiz allein einen langdauernden Krieg durchstehen müssten. Wir können das nicht, und ein solcher Krieg ist in dieser Form, in dieser Zone, in der wir uns befinden, nicht möglich. Die Bilder, in denen die Schweiz allein gegen den Warschauer Pakt und möglicherweise gegen die Nato kämpft, wie man das noch in der letzten Gesamtverteidigungsübung in einem Szenario durchgeführt hat, sind nachhaltig vorbei.

Wir sind ja auch daran, diesen sicherheitspolitischen Bericht des Bundesrates zu diskutieren. Er liegt den Kommissionen vor, aber diese Diskussionen laufen noch. Die Neuorientierung hat noch nicht stattgefunden. Dieses ewige Beschwören der «Armee 95» – sie ist auch etwas, was erst auf dem Dache ist oder noch in den Wolken! Wir haben das noch nicht zur Kenntnis genommen, wir haben es nicht diskutiert; es sind noch keine Entscheidungen gefallen. Da bin ich schon der Meinung, dass wir unser Umfeld etwas genauer anschauen müssen.

Sie haben auch die Bundesrepublik Deutschland erwähnt, Herr Bundesrat, und die 380 000 Mann, die dieses Land heute hat. Aber man spricht in der Bundesrepublik heute davon, dass man auf 250 000 Mann hinuntergehen will. Selbst wenn diese mit der modernsten Bewaffnung ausgerüstet würden, besteht doch immer noch ein völliges Missverhältnis zwischen der schweizerischen Armee und einer solchen Armee.

Ich erinnere Sie daran: In den letzten Tagen sind die Meldungen durch die Presse gegangen, dass Holland seine Rüstungsausgaben um 20 Prozent reduzieren will, und Holland, das immerhin zweieinhalbmal so gross ist wie die Schweiz, hat heute eine Armee von 125 000 Mann. Vergleichen Sie das mit den beabsichtigten 400 000 bis 450 000 Mann der Schweiz. Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Diese Zahlen werden noch nachhaltig herunterkommen. Die Schweiz kann doch nicht davon ausgehen, dass jetzt, nachdem zum Glück die letzten Kriege an ihr vorbeigegangen sind, auch noch der Friede an ihr vorbeigehen soll.

Eine Armeereform ist dringend, wir sind damit einverstanden. Wir denken, es wird eher eine «Armee 94» als eine «Armee 95»

werden. Wir sind der Auffassung, dass eine Armee reform dazu führen muss, dass wir eine massive Senkung der Bestände haben – deutlich unter diese 400 000 Mann –, dass wir eine deutliche Verkürzung der Dienstzeit einführen können, einführen müssen, dass wir das Dienstalter nochmals deutlich senken können und dass wir grundsätzlich die Konzeption der Landesverteidigung und den Auftrag an sie überdenken müssen – und zwar deutlich weitergehend, als das jetzt erwähnt worden ist. Wenn wir heute beschliessen würden, 300 000 zusätzliche Gewehre zu beschaffen, hätten wir einen Präjudizentscheid getroffen für eine Armee in der Grössenordnung von 400 000 Mann. Das hiesse nicht, das Pferd am Schwanz aufzäumen, sondern es würde heissen: Sie zäumen auf, wo noch gar kein Pferd ist!

Das ist der erste Grund, warum wir sagen, 100 000 Gewehre heute zusätzlich zu beschaffen, ist richtig, alles Weitergehende ist nicht zu verantworten. Es ist nicht ein rationaler Entscheid; er ist weder nötig noch opportun.

Es gibt nun einen zweiten Bereich, der zu diskutieren ist, warum diese Gewehrbeschaffung mit grösseren Fragezeichen zu versehen ist. Es handelt sich vor allem um die Kostenfrage. In der Kommission wurde sehr ausführlich, sehr lange Zeit, sehr kontrovers und auch sehr heftig darüber diskutiert. Es bleiben aber sehr viele Fragen offen. Stellen Sie sich vor, Sie wollen irgendwo etwas kaufen und kommen nachher mit einer Anschlussbestellung, die doppelt so gross ist, und man gibt Ihnen bloss eine Reduktion von 5 Prozent. Alle jene, die schon einmal mit solchen Geschäften zu tun gehabt haben, wären nie mit einem 5prozentigen Preiserlass zufrieden. Man kann es sich auch kaum vorstellen, wenn man diese Kalkulationen betrachtet.

Ich möchte Ihnen dazu einige Zahlen nennen: Bei der ersten und zweiten Beschaffungstranche von 135 000 Gewehren wurde ein Betrag von 58 Millionen Franken amortisiert. Auf dem weit höheren Betrag von 300 000 Gewehren, die man zusätzlich beschaffen möchte, müssten nur noch etwa 30 Millionen Franken amortisiert werden; und trotzdem werden die Gewehre praktisch nicht billiger. Diese 5 Prozent sind ja im Ungenauigkeitsbereich.

Ein anderer Punkt. Stellen Sie sich vor: Ein solches Gewehr hat relativ hohe Entwicklungskosten. Diese Entwicklungskosten sind mit der ersten und zweiten Tranche amortisiert, und jetzt kommen 300 000 neue Gewehre dazu, und trotzdem werden diese Gewehre nicht billiger. Man kann sich das praktisch nicht vorstellen.

Ein weiterer Punkt: In diesen Kalkulationen geht man davon aus, dass bei den Gesamtkosten die Personalkosten 70 Prozent ausmachen, auch das eine Grösse, die man sich kaum vorstellen kann. Es bleibt eine Reihe von Ungereimtheiten, eine Reihe von offenen Fragen, bei denen wir heute nicht mit Sicherheit sagen können, ob bei diesem Geschäft nicht jemand Gewinne machen kann, die in keiner Art und Weise gerechtfertigt sind. Auch das ist ein Grund, heute nicht mehr als 100 000 dieser neuen Sturmgewehre zu beschaffen.

Es gibt im Moment keinen Grund, so schnell vorzugehen, wie das die bundesrätliche Vorlage vorschlägt. Weder sind diese Gewehre billiger, wenn wir so viele beschaffen, noch ist es heute nötig, noch ist es absehbar, dass wir sie brauchen werden.

Darum bitte ich Sie, diesem Antrag auf eine Reduktion des Betrages von 1,76 Milliarden Franken auf 376 Millionen Franken zuzustimmen. Es ist ein Akt der Klugheit, der politischen Vernunft und auch der rüstungspolitischen Vorsicht.

Hess Peter: Mein Antrag zielt darauf ab, bei der Position Sturmgewehre und zugehörige Munition den Verpflichtungskredit um 380 Millionen Franken herabzusetzen, was neu 200 000 Sturmgewehre samt Zubehör und einen reduzierten Anteil an Munition bedeutet. Bei diesem Kürzungsantrag geht es mir nicht darum, mich aus Opportunismus unter die Kritiker des EMD einzureihen. Im Gegenteil, ich stehe voll hinter einer glaubwürdigen bewaffneten Landesverteidigung und habe das bis anhin wiederholt unter Beweis gestellt. Das Ja zur Armee hindert mich jedoch nicht, Beschaffungsvorhaben aus

dem EMD kritisch zu hinterfragen, wie ich das bereits früher als Mitglied der Militärkommission zu tun pflegte.

Es sind vier Argumente, die mich dazu geführt haben, Ihnen meinen Kürzungsantrag zu unterbreiten.

1. Ich stehe ein für eine bedarfsorientierte, transparente Rüstungsbeschaffung. In Diskussionen über mein Anliegen, den Beschaffungsumfang des Rüstungsprogramms 90 zu kürzen, ist mir etwa entgegengehalten worden, das Rüstungsprogramm 90 sei mit 1,4 Milliarden Franken gegenüber den Vorjahren bereits erheblich gekürzt worden. Eine weitere Reduktion auf rund 1 Milliarde Franken könne negativ präjudizierend wirken und in den kommenden Jahren als Argument gegen eine allenfalls wieder notwendige Erhöhung der Rüstungskredite angeführt werden.

Ich kann dieses Argument nicht gelten lassen. Wir dürfen uns bei der Rüstungsbeschaffung nicht von irrationalen Überlegungen leiten lassen. Das gleiche gilt allerdings auch für Beschaffungsvorhaben nichtmilitärischer Natur.

Massgebend darf allein der ausgewiesene militärische Bedarf sein, oder – wie es Herr Kollege Blocher einmal ausdrückte –: beschaffen dürfen wir nur das Notwendige, bloss Wünschbares muss weggelassen werden.

Wenn wir uns aber an die Mittelfristplanung halten, dann hat die vorgezogene dritte Tranche im heutigen Zeitpunkt als nicht ausgewiesen zu gelten und muss daher gestrichen beziehungsweise auf den nächsten Ausbauschnitt 1992–1995 verwiesen werden. Wird der Bedarf in jenem Zeitpunkt aufgrund der dann aufgezeigten Bedürfnisse bejaht, zweifle ich nicht, dass das Parlament einer weiteren Beschaffung zustimmen wird.

2. Der Bedarf für 300 000 zusätzliche Sturmgewehre ist heute nicht ausgewiesen. Gemäss Botschaft des Bundesrates sind Ende 1990 rund 30 000 Angehörige der Armee auf das neue Sturmgewehr 90 umgerüstet worden. In den Jahren 1991 und 1992 sollen je 7 Regimenter und rund 10 Bataillone umgerüstet werden. Im gleichen Zeitraum wird die Produktion von anfänglich 2200 Sturmgewehren pro Monat auf rund 4160 Sturmgewehre oder rund 50 000 Sturmgewehre pro Jahr hochgefahren. Mit diesem Jahresausstoss können die Bedürfnisse der Truppe problemlos abgedeckt werden.

Von entscheidender Bedeutung ist nun aber, das wurde heute bereits mehrfach angetönt, dass wir zurzeit nicht wissen, ob wir je insgesamt 450 000 Sturmgewehre und 700 Millionen Gewehrpatronen 90 benötigen werden. Denn noch ist unklar, ob der Sollbestand der «Armee 95» bei oder nicht sogar unter 400 000 Armeeangehörigen liegen wird.

Herr Bundesrat Villiger und die Kommission haben diesem Argument entgegengehalten, man könne die Beschaffung ja vorzeitig stoppen, falls sich später ein Minderbedarf ergeben sollte. Doch ich frage Sie an: Ist es nicht viel eher angezeigt, dass wir uns heute an den gemäss gültiger Planung ausgewiesenen Bedarf halten und allenfalls notwendige Zusatzbeschaffungen beschliessen, wenn wir die definitive Ausgestaltung der «Armee 95» kennen? Ähnliche Überlegungen werden wir bei künftigen Botschaften anstellen müssen, denn es ist unvorstellbar, dass wir Kampf- und Führungsbauten in Gebieten errichten, für die heute nicht feststeht, ob sie gemäss «Armee 95» noch Gegenstand der Kampfvorbereitungen sind.

Ich bin aber auch generell dagegen, dass Beschaffungen auf Vorrat beschlossen werden. So hat sich seinerzeit auch die Beschaffung einer doppelten Anzahl von Saurer-Lastwagen – angeblich zwecks Erhaltung von Arbeitsplätzen in Arbon – aus der Rückschau zumindest als problematisch erwiesen. Einerseits konnten die Arbeitsplätze nicht wie erwartet erhalten werden, andererseits waren wir gezwungen, auf Vorrat bestellte Lastwagen auf die Halde zu stellen, weil die Umschulungs- und Einstellkapazitäten dem hohen Beschaffungsrhythmus nicht zu folgen vermochten.

3. Eine Reduktion der Militärausgaben ist zu verantworten. Die begrüssenswerte Entspannung im West-Ost-Verhältnis – ich hoffe, sie wird andauern – lässt eine Überprüfung unserer Militärausgaben als verantwortbar erscheinen.

Verschiedene Nachbarländer haben bereits namhafte Abrüstungsschritte beschlossen. Auch wenn deren Armeen nicht mit unserem Milizsystem direkt verglichen werden können, ist

es angezeigt, dass auch wir uns ernsthaft überlegen, wo wir Ansatzpunkte für eine Herabsetzung unserer Rüstungsausgaben finden können.

Dieses Bemühen ist um so mehr angezeigt, als gemäss Generalstabschef Häsliger die Vorwarnzeit massgeblich angestiegen ist. Wir können aber auch nicht übersehen, dass zurzeit für unser Land keine akute militärische Bedrohung erkennbar ist, wiewohl nach wie vor bedrohliche Waffenlager vorhanden sind.

Mein Antrag stellt für sich allein nicht einen Abrüstungsschritt dar. Er schafft jedoch Spielraum für eine künftige Beschränkung der Rüstungsausgaben. Schon wiederholt ist uns nämlich im Rahmen der Budgetberatungen beantragt worden, die Ausgaben für die Rüstungsbeschaffung oder für militärische Bauvorhaben seien zu kürzen. Entsprechende Anträge sind regelmässig zu Recht mit dem Argument bekämpft worden, der Rahmen für die mit dem Budget beantragten Zahlungskredite sei durch die mit dem Rüstungsprogramm oder mit der Baubotschaft vorgegebenen Verpflichtungskredite beschlossen worden. Wir müssen uns also den Freiraum für künftige Kürzungen der Militärausgaben beim Rüstungsprogramm und bei der Baubotschaft schaffen.

4. Das Argument Rüstungsreferendum: Herr Kollege Rechsteiner hat mit seiner Initiative erneut ein Rüstungsreferendum beantragt. Ich habe mich in der vorberatenden Kommission gegen ein Rüstungsreferendum ausgesprochen und statt dessen einen Parteienkonsens über Schritte zu einer Reduktion unserer Militärausgaben vorgeschlagen. Mit meinem Antrag möchte ich einerseits die Möglichkeit aufzeigen, auf die Beschaffung eines heute nicht ausgewiesenen Rüstungsbedarfes zu verzichten. Andererseits könnten wir demonstrieren, dass wir durchaus in der Lage sind, unserer Aufgabe gerecht zu werden, indem wir nur beschaffen, wofür der Bedarf ausgewiesen ist. Soviel zur Begründung meines Antrages.

Mir ist nicht entgangen, dass die Militärkommission das Geschäft nach der Absetzung von der Traktandenliste im Dezember, als die heutigen Anträge vorlagen, nochmals beraten hat. Die heute vorliegende Lösung mit einer Bestellung von vorerst nur 200 000 Sturmgewehren entspricht meinem Antrag, zumindest, wenn ich davon ausgehen darf, dass auch bei der Munition eine entsprechende Kürzung vorgenommen wird. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nach Vorliegen der genauen Bestandeszahlen für die «Armee 95» durch die Militärkommission beider Räte definitiv entschieden werden muss, ob der vorgeschlagene Verpflichtungskredit voll ausgeschöpft werden soll oder nicht.

Diese neue Sachlage und die Erkenntnis, dass die SP nicht an einem konstruktiven Rüstungsdialog interessiert zu sein scheint, wie sie heute beweist, erlauben es mir, meinen Antrag zurückzuziehen, auch wenn der Verpflichtungskredit selbst auf der ursprünglichen Höhe bestehen bleibt. Ich möchte aber damit beitragen, dass angesichts der reichlich verspäteten Behandlung dieses Rüstungsprogramms nicht noch eine Differenz zum Ständerat geschaffen wird.

Wenn ich nun aber das Wort habe, will ich die Gelegenheit benützen, um gegenüber Herrn Bundesrat Villiger mein Unbehagen über eine gewisse Konzeptlosigkeit in rüstungsbezogenen Fragen zum Ausdruck zu bringen. Konzeptlosigkeit, so muss das harte Urteil aufgrund der aktuellen Informationslage im Parlament lauten. Bereits zu Beginn des Jahres 1989 habe ich in der Militärkommission beantragt, im EMD möge man sich Gedanken machen über mögliche Schritte zur Reduktion unserer Rüstungsbeschaffungen, sollte die militärische Bedrohung gegenüber unserem Land einmal nachhaltig abgebaut werden. Die Reaktion der zuständigen Vertreter des EMD war irritiertes Kopfschütteln.

Was Anfang 1989 noch in weiter Ferne schien, ist im Jahre 1990 glücklicherweise entscheidend nähergekommen. Das ist im Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik festgehalten. Doch bis heute wissen wir nicht, was dieser tiefgreifende Wandel in Europa im Verhältnis West/Ost für unsere anstehenden Rüstungsbeschaffungen und militärischen Bauvorhaben konkret bedeuten soll.

Ich ersuche Sie daher, Herr Bundesrat Villiger, uns möglichst bald, spätestens aber bis zur Beratung des Berichtes über die

Sicherheitspolitik – beziehungsweise zur Behandlung des Rüstungsprogramms 91 – detaillierte Angaben über Ihre Vorstellungen bezüglich dieser auch im Volk breit diskutierten Fragen abzugeben.

Hess Otto: Der Minderheitsantrag Ledergerber will lediglich 100 000 Sturmgewehre mit der Begründung beschaffen, mit der Beschaffung von 300 000 Gewehren könnte der künftige Armeebestand präjudiziert werden. Der Antrag Günter zielt in die gleiche Richtung.

Im Namen der SVP bitte ich Sie, diese Anträge abzulehnen. Die 300 000 Sturmgewehre, die heute zur Diskussion stehen, beruhen auf der Annahme, dass unser heutiger Armeebestand von 650 000 auf eine Grössenordnung 400 000 bis 450 000 Mann reduziert wird. Mit dieser realistischen Bestandesgrösse entsprechen die 300 000 Sturmgewehre einer ausgewiesenen Notwendigkeit.

Ich will jetzt nicht auf die Details der Bedarfsberechnung eingehen, die dieser Zahl zugrunde liegt. Ich möchte aber auf einen Punkt aufmerksam machen, nämlich dass – gemäss Artikel 18 unserer Bundesverfassung – nach Beendigung der Wehrpflicht die persönliche Waffe ins Eigentum des Wehrmannes übergeht. Sie können sich selber ausmalen, wie schnell ein allfälliger kleiner Reservebestand, sollte sich überhaupt ein solcher ergeben, aufgebraucht wäre. Es wird wohl niemand allen Ernstes die Meinung vertreten, dieser Verfassungsartikel sei aufzuheben. Zudem ist der Vertrag mit der Lieferfirma so ausgestaltet, dass in einer ersten Tranche nur 200 000 Sturmgewehre bestellt werden. Von den weiteren 100 000 Gewehren kann über eine ausgehandelte Option, die bis 1994 Gültigkeit hat, ohne Kostenfolge zurückgetreten werden, sollte der Armeebestand wesentlich kleiner als die 450 000 Mann festgelegt werden. Zudem können die letzten 100 000 Sturmgewehre nur bestellt werden, wenn auch die beiden Militärkommissionen damit einverstanden sind. In diesem Fall würde der nicht benutzte Verpflichtungskredit entfallen.

Mit dem heutigen Rüstungsprogramm wird die Bestandesgrösse unserer künftigen Armee nicht präjudiziert. Wollen wir einen möglichst günstigen Stückpreis erwirken, muss der Auftrag möglichst die gesamthaft notwendige Stückzahl umfassen. Je grösser die Serie, um so günstiger der Preis. Eine kontinuierliche Produktion ist auch im Hinblick auf die zahlreichen Zulieferverträge mit vielen Firmen in unserem Land von Vorteil. Bei dieser Stückzahl gehen wir kein Risiko ein in bezug auf die künftige Bestandesgrösse der Armee.

Ich bin der Meinung, dass in einem Jahr mit unterdurchschnittlichen Rüstungsausgaben begründete Beschaffungen im ausgewiesenen Umfang getätigt werden sollten. In Jahren, in denen grössere Rüstungsbrocken zu bewältigen sind, müssten wir doch froh sein, wenn Kredite von zurückgestellten oder teilweise zurückgestellten Projekten das Militärbudget nicht noch zusätzlich in die Höhe treiben.

Aber eben, wenn man als Partei – ich denke da an den Minderheitsantrag – im Wahljahr die Halbierung der Rüstungsausgaben auf sein Parteibanner geschrieben hat, ist natürlich jedes Mittel recht und jede Gelegenheit willkommen, um diese Absicht zu dokumentieren.

Ich bitte Sie im Namen der SVP, die Anträge Ledergerber und Günter abzulehnen und der Kommissionsmehrheit, dem Ständerat und dem Bundesrat zuzustimmen.

Loretan: Die freisinnig-demokratische Fraktion hat Ihnen bereits durch Herrn Weber-Schwyz darlegen lassen, dass sie sämtliche Minderheitsanträge und alle Anträge, die der Mehrheit der Kommission widersprechen, zur Ablehnung empfiehlt.

Die Darlegungen der Kommissionssprecher zur Zahl der nunmehr zu beschliessenden Sturmgewehre haben überzeugt. Ich möchte diese Darlegungen nicht wiederholen oder ausschmücken. Ich möchte nur – wie das mein Vorredner getan hat – unterstreichen, dass eben in einem Milizheer noch andere Aspekte als nur der Sollbestand für die Beschaffung der persönlichen Waffe, in ihrer Anzahl, massgebend sind. Der verfassungsmässige Anspruch des aus der Wehrpflicht ausscheidenden Wehrmannes auf seine persönliche Waffe, die er

zu Eigentum erhalten soll, ist zu beachten. Da teile ich die Meinung von Herrn Hess.

Ich möchte im Namen der FDP-Fraktion einige Kommentare zu dem anbringen, was Herr Ledergerber namens der SP-Minderheit der Militärkommission hier vorgetragen hat. Mir will scheinen, dass hinter den Anträgen dieser Minderheit grundsätzliche Beweggründe sichtbar werden. Wir erinnern uns an die vor kurzem angekündigte Volksinitiative der SP Schweiz für die stufenweise Reduktion der Ausgaben für die Armee bis mindestens – wie an ihrem Parteitag noch eingefügt worden ist – auf die Hälfte des heutigen Standes.

Eigenartigerweise erfolgte dieser Beschluss im selben Moment, da der Präsident unseres sozialistisch regierten westlichen Nachbarlandes, Herr Mitterrand, die Modernisierung der französischen Armee ankündigte, eines Landes im übrigen, das am Golfkrieg auf der Seite der Amerikaner – ich würde sagen, das war lobenswert – teilgenommen und damit die Sache des Westens verteidigt hat.

Irgendwie stimmen da die Töne nicht mehr ganz. Man kann eben nicht nur die Bundesrepublik in ihrer besonderen Situation und irgendeine vage Ankündigung aus den Niederlanden zitieren, um beweisen zu wollen, dass auch wir massiv abrüsten müssten.

Herr Ledergerber, es gibt eben auch noch das sozialistische Frankreich mit einer völlig anderen Militärpolitik als diejenige der schweizerischen Genossen.

Offenbar entspricht diese Volksinitiative, mit der wir beglückt werden sollen, dem Konzept der «Armeeabschaffung in Raten» des neuen Präsidenten der SPS, unseres Kollegen Bodenmann. Nachdem die «Uebung» im November 1989 misslungen ist, die Schweizer Stimmberechtigten sich im Verhältnis von 2 zu 1 klar für die Weiterführung der Armee ausgesprochen haben, will man nun offenbar unter Aufrechterhaltung des strategischen Zieles die Taktik ändern.

Wir warten eigentlich nach wie vor mit einer gewissen Spannung auf die seit August 1990 angekündigte, neue Konzeption der SP Schweiz zur Landesverteidigung. Dann bekämen vielleicht die Behauptungen, die Herr Ledergerber hier aufgetischt hat, einen etwas reelleren Boden. Man muss doch zum Beispiel bei den Bestandesdiskussionen sehen, dass wir ein Milizsystem haben, und nicht übersehen, dass man unsere Zahlen der Sollbestände doch nicht mit Beständen von stehenden Heeren vergleichen kann. Dazu kommt, dass die Schweiz in keinem Bündnissystem in Europa eingebunden ist. Die gemeinsame europäische Aussen- und Sicherheitspolitik ist noch in weiter Ferne. Ob und wie die Schweiz je darin eingebunden sein wird, ist eine sehr offene Frage. Das sind Wunschträume, denen Sie im Moment nachjagen, Herr Ledergerber.

Ich kann nicht davon absehen, auch die bundesrätliche Finanzpolitik in Armeebelangen zu kritisieren. Der Finanzplan des Bundes 1992–1994 zeigt real rückläufige Militärausgaben auf, während die Gesamtausgaben weiterhin deutlich steigende Tendenz haben. Die sogenannten Rüstungsausgaben, für Bauten, Forschung und Entwicklung sowie für Rüstungsmaterial, sollen auf dem Stand von 1990 nominal eingefroren werden, was je nach Teuerung bis 1995 einen realen Rückgang von 15 bis 20 Prozent bedeutet. Damit wird der Spielraum für die für die Armee lebenswichtigen Investitionen – sie sind heute schon mehrfach hervorgehoben worden – deutlich kleiner, obschon die Kosten der Rüstungsgüter wegen der ständig steigenden Technizität deutlich ansteigen.

Immerhin, zwei seit langem fällige Beschaffungen sollten nach wie vor möglich sein: das neue Raketenrohr mit dem Rüstungsprogramm 91 und das neue Kampfflugzeug mit dem Rüstungsprogramm 92.

Wenn wir unsere Armee wirklich nur Fett verlieren lassen wollen und nicht auch Muskeln, dann muss die bundesrätliche Finanzpolitik in Armeebelangen gründlich unter die Lupe genommen werden. Sie wurde offensichtlich vor dem Hintergrund der Ereignisse des letzten Jahres – Herr Bundesrat Villiger hat sie als Periode der Hoffnungen bezeichnet – konzipiert.

Nun, die Ereignisse im Baltikum, in Jugoslawien und im Rahmen des Golfkrieges haben allfällige Legenden von der dau-

erden Abwesenheit von Konflikten in und um Europa herum doch etwas relativiert. Wir müssen uns alle für eine Friedensordnung in Europa anstrengen, aber immer im Bewusstsein, dass auch das Menschenwerk sein wird und dass Pannen nie auszuschliessen sind. Und für solche Pannen muss gerade der neutrale Kleinstaat mit seinem Milizsystem gerüstet sein. Ich bin froh, dass man im EMD bereit ist, die Konsequenzen für die «Armee 95» und damit für die Konzeption der militärischen Landesverteidigung aus den jüngsten, abkühlenden Ereignissen in bezug auf das gesamte Uebermittlungswesen in der Armee (elektronische Kriegführung) und in bezug auf unsere Luftverteidigung zu ziehen.

Ich möchte Sie im Namen der freisinnig-demokratischen Fraktion abschliessend auffordern, insbesondere die bürgerliche Ratsmehrheit, mit einer klaren und eindeutigen Zustimmung zum Rüstungsprogramm 90 die nötigen Signale auszusenden für die zukünftige, grundsätzliche Linie, auf welcher sich dieser Rat und dieses Parlament zu bewegen gedenken.

Bodenmann: Obwohl Herr Loretan seine Zeit massiv überschreiten durfte, hat er zur Beschaffung der Sturmgewehre wenig bis nichts gesagt, auch nicht zur Arbeit in der Kommission. Hier drängen sich nun einige Ausführungen auf.

Er hat ja festgestellt, dass in der letzten Session das ganze Rüstungsprogramm ruckartig auf die Traktandenliste gesetzt worden ist. Der Grund: Man hat mir persönlich in der ersten Kommissionssitzung in allen wesentlichen Fragen dieses Rüstungsgeschäftes unwahre Auskünfte erteilt.

Jetzt muss man grundsätzlich festhalten: Die Beschaffung des Sturmgewehres ist kein äusserst kompliziertes Geschäft, verglichen mit der Beschaffung eines Kampfflugzeuges. Das Departement mit den meisten Beamten sollte in der Lage sein, ein solches Geschäft vorzubereiten. Das was ganz entschieden nicht der Fall.

1. Rüstungschef Wittlin und auch Bundesrat Villiger erklärten in der Kommission, man könne die Beschaffungen jeweils nach Tranchen von 50 000 unterbrechen. Erst nachdem ich mich persönlich nach dem Vertrag erkundigt hatte, stellte ich fest, dass diese Aussage unwahr ist, so nicht stimmt.

2. Rüstungschef Wittlin erklärte, die Industrie müsse pro Produktionsanlage jeweils mehrere hundert Millionen Franken investieren. Als wir nach der ersten Kommissionssitzung der Sache auf den Grund gingen, stellten wir fest, dass die gesamten Investitionen nicht mehr als 69 Millionen Franken ausmachten.

3. Auf die Frage nach Rationalisierungsmöglichkeiten, nach Lohnkostenanteil, nach Indexierung erhielten wir die Antwort, dass es bei der Produktion dieser Sturmgewehre, die erst in den Jahren 1993 bis 1999 anfällt, keine weiteren Rationalisierungsmöglichkeiten gebe, weil sie bereits ausgeschöpft seien. Aber die Indexierungsklausel des Vertrages sieht im wesentlichen Indexierung über Lohnkostenanteile vor. Also auch hier falsche Auskünfte.

Bei einem einfachen, kleinen Geschäft wurde die Kommission in die Irre geführt vom Departement, seinen Beamten und unter tatkräftiger Mitwirkung unseres Präsidenten. Erst als nachträglich klar wurde, dass die Angaben nicht stimmten, nahm man dieses Rüstungsgeschäft vom Programm. Und das Erstaunliche ist: Man hat diese Fehler eingestanden, sich etwas damit herausgeredet, es habe sich nur um rechtliche Missverständnisse gehandelt, und trotzdem das ganze Geschäft genau so beschlossen, wie man es ursprünglich auf die Rolle geschoben hatte.

Das zeigt, dass man heute in der Militärdiskussion vernünftigerweise nicht einmal mehr darüber diskutieren kann, wie wir Sturmgewehre zu einigermaßen vernünftigen Bedingungen beschaffen, weil die Armee nach wie vor eine heilige Kuh ist; das gilt selbst im Bereich der Sturmgewehre.

Herr Loretan hat uns vorgehalten, dass die französischen Sozialisten in Militärfragen nicht genau die gleichen Ansichten vertreten wie wir. Das ist ein offenes Geheimnis. Ich würde aber die Situation der Schweiz eher mit jener Oesterreichs vergleichen, wo Bürgerliche und Sozialdemokraten ebenfalls gemeinsam in der Regierung sitzen. Wenn wir die Vorstellungen der SP Schweiz verwirklichen, wenn wir schrittweise das Bud-

get auf die Hälfte reduzieren, geben wir immer noch doppelt soviel aus wie die Oesterreicher. Und in Oesterreich käme es niemandem von seiten der Bürgerlichen in den Sinn, eine massive Erhöhung der Militärausgaben zu verlangen.

Was Sie heute hier gemacht haben, ist, den bescheidenen Sinkflug, den der Bundesrat beschlossen hat, zu kritisieren. Herr Loretan, Sie wollen mehr ausgeben, als der Bundesrat ausgibt, obwohl die erdrückende Mehrheit in diesem Land beim Militär zusätzlich sparen will. Wir versuchen, dieser grossen Mehrheit im Volk Rechnung zu tragen.

Eine Million Schweizerinnen und Schweizer stimmte für die Abschaffung der Armee. Angesichts der Weltlage werden weit mehr als eine Million Schweizerinnen und Schweizer für unsere sinnvolle Reduktionsforderung stimmen. Denn weder am Golf noch im Baltikum werden wir mit unserer Milizarmee und mit den 350 000 zusätzlichen Sturmgewehren irgend etwas bewirken, Herr Loretan. Dies sollten auch Sie begriffen haben!

Graf: Herr Bodenmann und Herr Ledergerber, warum sagen Sie nicht klipp und klar, dass Sie gegen die Armee sind und dass Sie sie in kleinen Schritten abschaffen wollen?

Herr Ledergerber, Sie haben gemäss «Bund» am SP-Parteitag gesagt: «Das EMD ist nicht reformierbar. Jahrzehntelang war es ein geschützter Arbeitsplatz für den dümmsten bürgerlichen Bundesrat. Es (das EMD) hat Gesetze gebrochen, das Parlament betrogen, die Öffentlichkeit belogen, Subversion gegen das Volk betrieben. Dem EMD die Hälfte des Budgets wegzunehmen, wäre die grösste sicherheitspolitische Leistung der letzten Jahre in diesem Land.» Ich meine: Grobes Geschütz, zumal an einem schweizerischen Parteitag einer Bundesratspartei!

Abschliessend, Herr Ledergerber, was Ihre Qualifikation der bürgerlichen Bundesräte betrifft: Dr. med. Hiob Prätorius suchte nach der Mikrobe der Dummheit. Ich werde ihm Ihre Adresse geben.

Feigenwinter, Berichterstatter: Ich bin nicht ganz überrascht, dass Herr Bodenmann die Gelegenheit benützt, um hier Ausführungen über den Verlauf dieses Geschäftes zu machen. Aber wenn man das tut, dann müsste man bei den Tatsachen bleiben. Tatsache ist, dass in der ersten Sitzung der Kommission der Rüstungschef auf die Frage von Herrn Bodenmann – ob er diese 300 000 Sturmgewehre bestelle und was er mache, wenn die «Armee 95» kleiner werde als erwartet – geantwortet hat, man könne jederzeit von diesen Verträgen zurücktreten. Dieses jederzeitige Rücktrittsrecht ohne Schadenersatz sei etwas, was ihn selber seitens der Industrie überrascht habe, weil so etwas natürlich sehr weit gehe. Die Industrie rechne auf eigenes Risiko damit, dass diese Verträge zur Abwicklung kommen.

Das war dann der Beweggrund dafür, dass auch Herr Bodenmann nach der ersten Sitzung diesem Rüstungsprogramm zugestimmt hat, weil nach dieser Auskunft natürlich die Flexibilität absolut gegeben war. Wir haben uns dann diese Verträge angeschaut, sowohl Herr Bodenmann, Herr Ledergerber wie auch ich. Nach dieser Einsichtnahme bin ich sofort zur Feststellung gekommen, dass das eine Aussage des Rüstungschefs war, die so und für sich allein genommen nicht hundertprozentig den ganzen Tatbestand wiedergegeben hat.

Es stimmt, dass nach den vorgesehenen Verträgen – sie sind ja noch nicht abgeschlossen – der jederzeitige Rücktritt möglich ist. Herr Bodenmann, es ist nicht nur möglich, nach 50 000 Stück zurückzutreten, sondern es ist möglich, nach 1000 Stück Auslieferung bereits abzuklemmen, weil in den Verträgen tatsächlich das jederzeitige Rücktrittsrecht aus wichtigen Gründen festgehalten ist.

Wenn die Armee 1995 in ihrer Ausgestaltung nur 180 000 Mann umfassen sollte und wir 150 000 Sturmgewehre schon bezogen hätten, könnten wir natürlich aus wichtigen Gründen – die Armee hätte ja dann nur 180 000 Mann – von diesen Verträgen zurücktreten.

Die Behauptung, diese Erklärung von Herrn Bundesrat Villiger, man könne nach 50 000 Stück zurücktreten, sei nicht richtig, ist demnach falsch. Es ist nur über die Aufteilung der Be-

stellung in eine fixe Bestellung von 200 000 Stück und in eine Option von 100 000 Stück nicht vollständig Auskunft gegeben worden. Mit anderen Worten: Selbst der Rüstungschef und mit ihm auch das Departement rechnen mit der Notwendigkeit einer gewissen Flexibilität.

Der Rüstungschef hat – wie Sie richtig festgehalten haben – gesagt, dass hier einige 100 Millionen in eine Produktionsstrasse investiert werden müssen. Diese Aussage bezog sich, was nachher festzustellen war, auf die Investition einer Munitionsstrasse, und nicht auf die Investition einer Strasse zur Erstellung von Sturmgewehren. Ich glaube, man sollte nun diese internen Missverständnisse nicht dazu benützen, den zuständigen Organen, die ihre Pflicht tun und sie auch gut tun – ich habe in der Kommission festgestellt, dass das ein ausgezeichnete Vertrag ist –, vorzuwerfen, sie hätten nicht die Wahrheit gesagt.

Indexierung, Nachkalkulation: Auch Herr Ledergerber ist auf dieses Problem zurückgekommen und hat gesagt, dieser Stückpreis sei nicht günstig genug ausgehandelt worden. Wenn Sie aber dem Antrag Ledergerber folgen und nur 100 000 beschliessen, so muss ich doch an Ihre nationalökonomische Intelligenz appellieren, dass es sicher nicht so sein kann, dass jetzt eine zusätzliche Bestellung von 100 000 statt einer von 300 000 einen tieferen Stückpreis zur Folge hätte. Das ist sicher nicht der Fall, sondern nach dem Gesetz der Serie müsste bei einer Bestellung von lediglich 100 000 der Stückpreis höher ausfallen, als er ist. Dieser Stückpreis ist jetzt schon wesentlich tiefer – 5 Prozent tiefer als der aus der ersten Serie –, und er wird mit der Nachkalkulation dieser ersten Serie höchstwahrscheinlich noch einmal tiefer gehen, und so zieht sich das bis zu den letzten 100 000 weiter.

Damit sich das, weil ja keine Nachkalkulation mehr da ist, nicht noch zu einem unmässig hohen Gewinn auswirkt, kostet diese letzte optionsgeregelte Serie jetzt schon statt 1492 Franken 1444 Franken pro Stück. Hier wurde sehr gut kalkuliert. Ich bin zwar nicht nationalökonomisch gebildet, aber ich muss hier meinen gesunden Menschenverstand zu Rate ziehen – die Kommission hat das auch gemacht –, und ich glaube, dass bei einer Bestellung von 300 000 zusätzlichen Stücken halt der Stückpreis tiefer ist.

Zur Teuerung und zur Gewichtung der Personalkosten: Wir beziehen jährlich eine Serie von etwa 50 000 Stück – das können Sie der Botschaft entnehmen. Daran arbeiten rund 550 Leute. Diese 50 000 Stück machen ungefähr einen Betrag von 80 Millionen aus. Rechnen Sie die Kosten eines Arbeitsplatzes, eines Mannes auf 100 000, so sind das 55 Millionen; dann ist doch der teuerungsbedingte Anteil der Personalkosten mit 70 Prozent absolut im richtigen Verhältnis. Ich glaube, dass auch hier diese Details von unseren Unterhändlern richtig geregelt worden sind.

Das einzige Problem, das uns wirklich beschäftigt hat, ist die Frage der Bestandesgrösse. Herr Ledergerber hat hier nun Perspektiven entwickelt, die sich realisieren können, aber die sich nicht unbedingt realisieren müssen. Nach dem Golfkrieg wird es schwierig, Prognosen in bezug auf die Bedrohungslage zu machen. Der Golfkrieg hat vieles wieder in Frage gestellt, was sich vorher zugunsten eines gesicherten Friedens ausgewirkt hat. Aber ich glaube, die «Armee 95» kann nicht einfach bestandesmässig so aussehen, wie Sie das annehmen; schon nur aufgrund der Ueberlegung, dass höchstwahrscheinlich das Milizsystem beibehalten wird.

Wenn dieses Milizsystem beibehalten wird, z. B. die Dienstpflicht bis 40 Jahre, dann haben wir jedes Jahr 25 000 bis 30 000 junge Leute, die wehrpflichtig werden. Wenn Sie wegen vorzeitigem Ausscheiden einen Durchschnitt von 20 000 pro Jahr annehmen, dann gibt das einen Bestand von 400 000; so unwirklich ist diese Annahme also nicht. Deshalb ist die Kommission davon ausgegangen, dass die «Armee 95», so wie das jetzt in den Planungsgrössen erscheint, mit etwa 400 000 Mann ausgestattet sein wird.

Wir präjudizieren mit diesem Geschäft mitnichten die Konzeption der «Armee 95», denn – das sage ich Herrn Günter – wir entscheiden ja über die Aenderung der Militärorganisation im Rahmen des Projektes «Armee 95». Und wenn Sie dort beschliessen, dass die Dienstpflicht mit 30 Jahren endet, dann

kann die «Armee 95» gar nicht 400 000 Mann haben. Wenn Sie aber beschliessen, sie ende mit 40, dann wird sie soviel haben, und dann müssen wir, weil wir für alle Dienstpflichtigen diese persönliche Waffe beschaffen, eben bis zu 500 000 Sturmgewehren haben.

Also: Der Rat bleibt frei, und er bleibt doppelt frei, weil es sich heute um einen Verpflichtungskredit handelt; es werden fest 200 000 Stück bestellt. Von dieser Bestellung kann man, ohne das positive Vertragsinteresse bezahlen zu müssen – das war bei der Mirage-Affäre ein wichtiger Punkt, dass man die Vertragserfüllung bezahlen musste –, jederzeit zurücktreten. Die Option von 100 000 Stück, die in der Preisgestaltung günstig ist, wird selbstverständlich – weil sie bis 1994 befristet ist – erst ausgeübt, wenn feststeht, wie die «Armee 95» aussieht.

Ich glaube, damit ist diese Flexibilität gewährleistet. Es war notwendig, in der Kommission all diese Vollzugsdetails zu erörtern; das ist bisher meines Erachtens selten der Fall gewesen. Aber die Kommission wird sich – da stimme ich mit Ihnen durchaus überein – auch in Zukunft sehr kritisch mit Beschaffungsvorhaben auseinandersetzen müssen. Sie ist weit gegangen, sie ist zu Recht weit gegangen und hat jetzt eine Lösung gefunden, die einerseits die notwendige Flexibilität gibt und andererseits verhindert, dass die Armee nicht richtig ausgerüstet ist. Die Beschaffung dieser Sturmgewehre ist natürlich nach dem Entscheid von 1987 notwendig.

Deshalb bitte ich Sie, alle Aenderungsanträge abzulehnen.

M. Leuba, rapporteur: Pour justifier sa proposition, M. Ledergerber prétend que nous sommes dans le vague en ce qui concerne le projet «Armée 95», que nous ne connaissons pas ses effectifs vraisemblables et que, par conséquent, nous devons être très prudents dans les commandes de fusils d'assaut. Si nous en commandons 100 000, au-delà des 150 000 qui sont d'ores et déjà commandés et en partie livrés, cela est suffisant.

L'argumentation de M. Ledergerber serait sans doute plus pertinente si elle s'adressait à des achats de chars ou d'avions parce qu'ils dépendent naturellement de manière directe de la conception que l'on se fait de la Défense nationale, des objectifs de celle-ci, de la menace et de l'organisation de notre armée. J'ai pourtant vraiment de la peine à croire que l'«Armée 95» sera formée de soldats qui n'auront pas d'arme personnelle car, en fait, c'est bien cela qu'on nous propose. En réalité, il y a deux manières de concevoir la réduction des effectifs de l'armée: premièrement, en exonérant de leur service militaire la moitié des classes d'âge de nos jeunes gens – c'est seulement la moitié du peuple suisse qui fait du service militaire; deuxièmement – hypothèse infiniment plus vraisemblable et dans le sens de laquelle vont les études – en diminuant les classes d'âge à leur sortie, si je puis dire, c'est-à-dire en abaissant l'âge des obligations de servir. Le résultat de cette hypothèse est que l'on a toujours autant de soldats qu'il faut continuer à équiper d'une arme personnelle.

Bien entendu, il s'agit de prévisions puisque nous ignorons l'image définitive de l'«Armée 95». Mais, M. Ledergerber ne fait pas autre chose qu'une prévision en demandant de limiter à 100 000 l'achat desdits fusils. Devant ces deux prévisions, laquelle est la plus vraisemblable? La démonstration que je viens de faire suffit à prouver que nous aurons besoin de 300 000 fusils d'assaut. Examinons toutefois à quoi nous mènent ces deux solutions: dans sa proposition, M. Ledergerber nous propose d'acheter 100 000 fusils d'assaut, avec une option ultérieure de 100 000 ou 200 000. Il est clair que dans cette solution le prix par fusil d'assaut est plus élevé – M. Ledergerber le prouve en proposant un crédit supérieur au tiers de celui demandé – parce qu'il est clair qu'il faut finir d'amortir toute l'installation avec les 100 000 premiers fusils d'assaut, l'assurance de commandes successives n'étant pas garantie.

Dans la proposition du Conseil fédéral, du Conseil des Etats et de la majorité de la commission, on commande 200 000 fusils d'assaut ferme, plus une option pour 100 000, avec la possibilité – je vous le rappelle, parce que cela a été oublié dans la discussion – pour le Département militaire fédéral d'interrompre la commande, même pour les premiers 200 000, mais aussi

avec l'obligation de payer une certaine indemnité, ainsi que le matériel déjà commandé et les travaux déjà effectués, ce qui est tout à fait normal. Finalement, j'ai l'impression très nette que le prix par fusil d'assaut ne serait pas très différent de celui obtenu dans la solution de M. Ledergerber.

Enfin, c'est l'idée que l'on se fait aujourd'hui de l'«Armée 95» qui doit être décisive. L'inconvénient majeur de la solution de M. Ledergerber est que si l'on choisit sa proposition, il faut recommencer tous les calculs des contrats. Au fond, je soupçonne le Parti socialiste de vouloir reprendre les négociations, refaire les contrats et retarder peut-être la production de nos fusils d'assaut.

Il n'y a rien à dire sur la proposition de M. Hess puisqu'elle est retirée. Celle de M. Günter, par contre, est difficilement compréhensible parce qu'il ne s'agit pas, dans la proposition du Conseil fédéral, de commander 300 000 fusils d'assaut mais 200 000, avec une option pour 100 000, cette option pouvant être levée jusqu'à fin 1994. Vous votez le budget chaque année, Mesdames et Messieurs. Si tout d'un coup nous avons une armée de 300 000 hommes – simple hypothèse – et que les 100 000 fusils d'assaut sont inutiles, est-ce que, prematurement, vous pensez que le Conseil fédéral serait assez stupide pour les acheter malgré tout (si c'est le cas, il faut changer le Conseil fédéral) et, deuxièmement, est-ce que vous voterez un budget pour acheter des fusils d'assaut qui ne sont plus nécessaires? Dans le cas de la proposition Günter, on est tout à fait dans le cadre du domaine de l'option qui nous assure que la décision est entre nos mains. Elle est donc inutile, puisque le Parlement peut très bien refuser de voter dans le budget les derniers 100 000 fusils d'assaut.

Je termine par un dernier élément. Il s'agit des remarques de M. Bodenmann qui, à mon avis, n'a pas lu les contrats très correctement. Le fait que le Département militaire fédéral peut se retirer en tout temps, comme cela nous a été dit en commission, correspond exactement au chiffre 24.1 du projet de contrat: «Die GRD ist berechtigt, beim Vorliegen von wichtigen Gründen vom vorliegenden Vertrag jederzeit ganz oder teilweise zurückzutreten.» Il n'y a pas la moindre hésitation à cet égard. C'est conforme à ce qui nous a été dit en commission la première fois et c'est parfaitement conforme au contrat. La seule imprécision – je persiste à penser qu'il s'agit d'une imprécision – c'est le fait que si l'on se retire pendant l'exécution des premiers 200 000 fusils d'assaut qui ont été commandés ferme, la SIG a droit au paiement du travail accompli, au matériel commandé et au bénéfice réalisé sur le travail accompli, ce qui est quand même la moindre des choses. On nous dit: «Ein Anspruch auf entgangene Gewinne für den nicht mehr auszuführenden Teil des Vertrages besteht nicht.» Cela veut dire que pour ce qui ne sera pas exécuté dans la commande, il n'y aura pas de prétention classique. Je crois que même si l'explication était trop globale, trop générale, elle était parfaitement conforme à la réalité. On ne nous a pas menti en commission, nous avons obtenu les précisions supplémentaires que nous avons demandées, raison pour laquelle la commission a été parfaitement logique en approuvant le projet comme elle l'avait fait la première fois. Nous vous demandons d'en faire de même.

Bundesrat Villiger: Ich darf vielleicht zuerst Stellung nehmen zu zwei, drei Vorwürfen von Herrn Peter Hess, die ich nicht akzeptieren kann. Zu den sturmgewehrspezifischen Fragen komme ich nachher.

Ich weiss natürlich, dass diese pauschalen Forderungen nach Reduktion der Armeekosten nicht unpopulär sind, aber wir müssen sie mit dem Auftrag der Armee konfrontieren und schauen, was wir minimal brauchen, um glaubwürdig zu bleiben – wir werden ja darüber noch häufig sprechen können.

Ich glaube, Herr Hess, Sie müssen bei Ihren Ueberlegungen mit anerkennen, dass das nominelle Einfrieren der Rüstungsausgaben zu einem ganz erheblichen Realverlust führen wird. Das gilt jetzt für vier, fünf Jahre; die Frage ist, wie der nächste Finanzplan aussieht. Ein Realverlust von 20 bis 25 Prozent im Rüstungsbereich ist angesichts der Steigerung der spezifischen Rüstungskosten durch Technik usw. ganz gewaltig.

Ich lasse mir nicht gerne vorwerfen, man mache in dieser Hin-

sicht nichts. Ich glaube, wir sind an eine Grenze gegangen. Verglichen mit der vorletzten Enveloppe, die hier anerkannt worden ist – also die Rüstungsausgaben für vier Jahre –, haben wir 2,4 Milliarden geblutet; das ist eine ganz beachtliche «Friedensdividende».

Damals ist man natürlich noch von Wachstumsraten ausgegangen, von denen ich auch meine, man könne sie zurücknehmen. Sie können sich darauf verlassen, dass ich alles daran setze, dass bei uns jeder Rüstungsfranken – und überhaupt jeder Franken – zweimal umgedreht wird, bevor er ausgegeben wird.

Wir sind im Departement auch daran, sehr viele Planungen für die Zukunft zu machen, Personalplanung usw. Sie kennen die Schlagworte – wir werden Sie zu gegebener Zeit darüber informieren. Einen ganzen Planungszyklus bilden die Verzichtplanungen, wo wir uns überlegen, auf welche geplanten Güter wir verzichten können und welche schon vorhandenen Güter wir früher aus dem Verkehr ziehen können, um Kosten zu sparen und die Armee nicht mit Dingen zu belasten, die nicht dringlich sind. Das ist eine schwierige Aufgabe, eine grosse Aufgabe, aber sie wird nächstens Resultate zeitigen.

Ich muss auch Ihren Vorwurf bei den Bauprogrammen zurückweisen. Wir haben schon beim letzten Bauprogramm hier gesagt, dass z. B. Kampfbauten, die ein Präjudiz für «Armee 95» wären, nicht mehr gebaut werden. Wir haben periodisch und ständig die Bauprogramme reduziert, um keinen zu grossen Ueberhang zu haben. Wir haben einen vollständigen Stopp aller Präjudizbauten verfügt und sind nun daran zu planen.

Sie kennen vielleicht das Konzept «KMV 90», wo wir vor allem auch aus Baugründen die ganze Logistik mit wenigen Neubauten bewältigen wollen; Sie kennen die Probleme, die wir dann wieder mit den Berggebieten (Koberio) haben, wenn wir reduzieren müssen. Wir sind hier in einem sehr schwierigen Planungsprozess, aber wir werden ihn durchziehen. Es braucht natürlich auch etwas Zeit, und im Zentrum steht die «Armee 95», die konzipiert werden muss. Wir sind ja ein Dienstleistungsunternehmen für die Armee und nicht ein Betrieb an sich – das sage ich auch meinen Mitarbeitern immer –, und alles hat bis zum letzten Munitionshäuschen seine Konsequenz. In meinem Eintretensvotum habe ich Ihnen gesagt, dass ich mir mit «Armee 95» wieder einen gewissen Handlungsspielraum erhoffe, ab 1995, wenn das implementiert wird.

Ich muss auch den Vorwurf der Konzeptlosigkeit bei rüstungsbezogenen Fragen zurückweisen. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir die Verzichtplanung durchführen. Rüstungskonzepte können Sie nicht alle halbe Jahre ändern. Wenn Sie die Luftverteidigung in einem nächsten Schritt vorgesehen und vorher die Erdarmee recht gut ausgebaut haben, dann kommt dieser Luftverteidigungsschritt eben irgendwann einmal, weil der Luftkrieg nicht unwichtiger geworden ist. Da kann man noch streiten, ob man mehr auf Fliegerabwehr oder auf Flugzeuge setzen sollte; diese Diskussion werden wir hier führen. Aber hier ist konzeptionelles Denken im Gange, und ich habe Ihnen gesagt, dass wir Ihnen die Konzeption «Armee 95» im Leitbild unterbreiten werden.

Die Generalität ist sich für einmal – was nicht immer der Fall war – in bezug auf die Konzeption von «Armee 95» vollständig einig; diese wurde an einem operativen Seminar abgesichert. Ich finde das etwas sehr Positives. Wir stochern also überhaupt nicht im Nebel herum. Wir wissen ganz genau, wohin wir wollen. Aber Sie müssen uns die Zeit lassen, diese und jene Anschlussplanung, die finanziell relevant ist, einmal fertigzustellen, zu rechnen und dann zu gegebener Zeit den entsprechenden Gremien zu unterbreiten. Hexen können wir nicht.

Wir haben jetzt eine Periode von 40 Jahren hinter uns, in der wir gemächlich und sachte aufbauen konnten. Sie wissen, als ich das Departement angetreten habe, hat man von einer neuen Armee im Jahre 2010 gesprochen; das war wahnsinnig bequem: Alle konnten planen, und keiner musste befürchten, dass er die Planung auch noch vertreten muss, wenn sie realisiert wird. All das haben wir drastisch verkürzt, und wir werden es auch zu Ende führen.

Nun zu diesen Sturmgewehren: Ich frage mich, wie die Diskussion dann entbrennt, wenn es einmal um etwas wirklich Wichti-

ges geht. Vom Sturmgewehr 90 sind jetzt 150 000 Stück in Beschaffung; bei den beantragten 300 000 geht es um die Frage, ob 450 000 gesamthaft zuviel sind. Die Sturmgewehre gehören zur persönlichen Ausrüstung unserer Armeeingehörigen – es ist also nicht wie bei den Panzern, die man irgendwelchen Einheiten zuteilt –, jeder hat ein verfassungsmässiges Recht darauf, wie auf die Uniform, das Gepäck, den C-Schutzanzug, die Schuhe usw. Es kann also für die Anzahl der Gewehre, die wir brauchen, nicht der Sollbestand massgeblich sein, der von jetzt noch über 600 000 auf 400 000 hinuntergehen wird. Es kann auch nicht der Kontrollbestand sein – das ist der Sollbestand plus die Mobilmachungsreserve –, weil einige nicht einrücken wegen Dispens, andere sind vielleicht krank oder im Ausland. Es kann einzig und allein der effektive Bestand sein, weil eben jeder Soldat einen verfassungsmässigen Anspruch darauf hat, ausgerüstet zu werden.

Dieser Effektivbestand ist mit den beiden anderen Beständen nicht identisch, weil er eigentlich die Resultante der demographischen Entwicklung ist, der bisherigen und der zukünftigen Altersgrenze, und auch der Ausschöpfungsquote bei der Aushebung usw. Sie können also den Effektivbestand nicht so genau steuern wie die anderen Bestände, die Sie gesetzlich festlegen können.

Wir wissen, dass die Effektivbestände auch bei der heutigen Armee sehr stark über den Kontrollbeständen liegen. Wir wollen, dass bei der «Armee 95» diese Differenz zwischen Kontroll- und Effektivbestand möglichst tief gehalten werden kann. Aber das ist nicht eine Ziellandung, sonst müssten Sie praktisch jedes Jahr quasi eine Aushebungsquote verfügen, und das können wir ja nicht.

Wir werden also auch nach 1995 Ueberbestände haben, die aus demographischen Gründen über die Kontrollbestände zwangsläufig hinausgehen. Ueber die Altersgrenze werden wir uns dann noch unterhalten und nächstens unsere Ideen publizieren. Aber es wird nicht ohne Ueberbestände gehen, und jeder dieser Wehrmänner in der Schweiz hat das Recht, sein Sturmgewehr im Schrank zu haben. Davon möchten wir nicht abgehen.

Es leuchtet nun ein, dass weitere Bedarfszahlen dazukommen; damit hat es noch kein Ende. Es gibt den Verschleiss. Da ist eine Reserve von 10 bis 12 Prozent eingesetzt; manchmal geht ein Gewehr kaputt. Sodann haben wir ungefähr 20 000 neue Sturmgewehre, die wir für Schützenmeister und Jungschützenkurse brauchen, für das Grenzwachtkorps, das Festungswachtkorps, für kantonale Polizeikorps, die zum Teil auch Sturmgewehre wollen.

Man darf dann die Bestandesfrage nicht nur statisch ansehen; es braucht eine Umlaufreserve, weil derjenige, der gewisse Bedingungen erfüllt, die persönliche Waffe nicht nur während des ganzen Lebens in Besitz hat, sondern sie auch daheim behalten darf. Das sind auch Vorstösse, die Sie – glaube ich – hier sogar überwiesen haben. Wir wollen also dem Wehrmann am Ende der Dienstzeit die Waffe nach Möglichkeit belassen. Somit muss jeder neue Jahrgang wieder neu ausgerüstet werden.

Wenn Sie das nun alles zusammenrechnen, dann sehen Sie, dass diese 450 000 Gewehre für die «Armee 95» mit einem Kontrollbestand von 450 000 nicht reichen werden; wir werden später wieder beschaffen müssen.

Wenn Sie hier jetzt noch weiter reduzieren wollen und die Option von 100 000 Gewehren miteinbeziehen, die wir nur auslösen werden, wenn der Bestand von «Armee 95» festliegt, dann sehen Sie, dass wir noch eine zusätzliche Sicherheit eingebaut haben.

Noch eine Bemerkung zu den vertraglichen Fragen. Zu den Beständen habe ich mich vorher geäussert. Ich möchte auf die markigen Worte von Herrn Bodenmann nicht im Detail eingehen. Ich kann Ihnen hier nur sagen, dass Herr Dr. Wittlin ein hochqualifizierter und integrier Mann ist, bei dem ich jede Absicht, irgendwen irgendwann irrezuführen, ausschliesse. Die gemachten Aussagen, dass man jederzeit unterbrechen könne, stimmen.

Darauf muss ich zurückkommen. Wir können früher nein sagen; aber die Aussage, dass dies bei den ersten 200 000 zu den genau gleichen Kosten – wobei immer zu definieren wäre,

was das ist – möglich sei, ist in der Tat in dieser Kurzform unzutreffend. Der Sachverhalt wurde vom Herrn Kommissionspräsidenten erklärt. Aber ich glaube, den Beweis, dass hinter dieser Aussage, wie sie jetzt im Protokoll steht, keine Täuschungsabsicht liegt, haben wir erbracht, indem wir schon vor der Wintersession Herrn Bodenmann und – ich glaube – auch Herrn Ledergerber Gelegenheit gaben, in den Vertrag Einblick zu nehmen.

Es ist in der Bundesverwaltung nicht üblich, dass wir einzelnen Parlamentariern Verträge mit der Privatwirtschaft zum minutiösen Examen unterbreiten. Ich glaube, Sie haben diese Verträge detailliert überprüfen können. Sie haben dann auch meine Mitarbeiter während zwei Stunden in ein Kreuzverhör genommen und über jedes Detail ausgefragt. Mein Eindruck nach diesem Kreuzverhör war, dass meine Leute hervorragend vorgearbeitet haben und dass jede Ihrer Fragen schlüssig und gut beantwortet werden konnte. Ich glaube, die anderen Kommissionsmitglieder, die dabeigewesen sind, können das auch bestätigen. Aber dass Sie sie ausgefragt haben, dass Sie der Sache auf den Grund gegangen sind, kritisiere ich nicht. Sie wissen, dass ich mit dem Anspruch angetreten bin, offen zu sein. Diesen Anspruch möchte ich auch weiterziehen.

Nun vielleicht noch einige Detailprobleme. Ich glaube, dass hier ein guter Vertrag vorliegt und dass wir mit solchen Verträgen der Privatwirtschaft einiges zumuten. Ich weiss nicht, ob ich in meiner alten Funktion als Unternehmer einen solchen Vertrag tel quel akzeptiert hätte.

Nun, Sie wissen es, 150 000 Sturmgewehre sind beschafft worden. Die 300 000 sind eine Folgebeschaffung. Das führt natürlich dazu, dass in der Tat für diese 300 000 die Firma SIG in einer Monopolsituation steht. Umgekehrt ist natürlich auch das EMD als Abnehmer sozusagen in einer Monopolsituation. Das ist ja der Grund, warum wir überhaupt solche Verträge erzwingen können.

Das Monopolproblem dürfen Sie nicht immer nur einseitig sehen. Ich stand einmal sehr grossen Abnehmern in der freien Wirtschaft gegenüber. Es gibt auch das Problem der Nachfragemacht und nicht nur das umgekehrte Problem.

Weil nun keine Konkurrenzofferten vorliegen, ist die Angemessenheit des Preises schwierig zu beurteilen; das trifft natürlich auch auf einen solchen Vertrag beschränkt zu. Der heute im Vertrag aufgeführte Preis ist teuerungsbedingt leicht tiefer als bei den 135 000 Stück, die schon bestellt worden sind. Ob der Preis tief genug liegt, ist schwer zu sagen, weil die Auswirkungen weiterer Rationalisierungen eben nicht genau vorherbestimmt werden können. Der Vertrag enthält deshalb eine Klausel, welche es erlaubt, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle – auch das würde nicht jeder akzeptieren, aber weil wir auch ein Monopolist sind, musste es die SIG wohl – im Verlaufe der Vertragsdauer zu festgelegten Zeitpunkten dreimal die Vorkalkulation der bis zu diesem Zeitpunkt schon gelieferten Gewehre unter Berücksichtigung der Nachkalkulation überprüft. Erweist sich bei diesen Kontrollen der Preis als zu hoch, so wird er für den Rest der Gewehre gesenkt, aber die Erhöhung über den Vertragswert ist ausgeschlossen. Ich glaube, dass die Angst von Herrn Ledergerber vor überhöhten Gewinnen vielleicht doch eher unberechtigt ist.

Sie haben sich übrigens geirrt, Herr Ledergerber: Sie haben eine falsche Zahl genannt. Sie haben bei den Amortisationen der ersten Tranche von 58 Millionen Franken gesprochen, es waren aber 30 Millionen Franken. Ich sehe Ihnen diesen Versprecher gerne nach, aber in der GRD gleichzeitige Finanzkontrolle in der Militärkommission gewohnt sind, müsste ich jetzt sagen: Sie haben öffentlich gelogen.

Die Regelung ist für beide Vertragsparteien akzeptabel. Sie nimmt der SIG nicht jeden Anreiz, weitere Rationalisierungen zu unternehmen, sie gibt aber der GRD gleichzeitig die Möglichkeit, jeweils für die restlichen Sturmgewehre von diesen Einsparungen zu profitieren. Sie wissen auch, dass der Vertrag eine definitive Bestellung für 200 000 Stück enthält und die restlichen 100 000 nur als Option enthalten sind. Diese Option muss, damit dieser Preis gilt, vor Ende 1994 ausgelöst werden. Wenn nun gegen unsere Erwartungen weniger als 200 000 Sturmgewehre benötigt würden, wäre nach den Klau-

seln ein Rücktritt vom laufenden Vertrag möglich, unter Ersatz von gewissen Kosten, aber ohne entgangenen Gewinn. Ich habe in der Kommission wegen der Problematik des zukünftigen Bestandes von «Armee 95» diesen Vorschlag gemacht und die Zusage gegeben, dass wir die 100 000 nur auslösen würden, wenn die beiden Militärkommissionen damit einverstanden wären. Es wurde im gegenwärtigen Klima des Misstrauens dann sogar gefragt, ob sich das EMD wirklich daranhalten und das nicht vergessen würde und ob das abgesichert sei. Um alles Misstrauen völlig auszuräumen, habe ich diese schwergewichtige Frage noch einmal vor den Bundesrat gebracht. Ich darf Ihnen sagen, dass der Bundesrat mit diesem Vorgehen einverstanden ist. Sie dürfen davon ausgehen, dass das wirklich so gemacht wird.

Ich lege vor allem Wert darauf – wir könnten selbstverständlich auch mit dem Antrag Günter leben –, dass Sie keine Differenz zum Ständerat schaffen, damit dieses Geschäft trotz seiner Verspätung erledigt werden kann. Es geht ja auch um die unbestrittene Beschaffung der Kampfstiefel, auf die die Truppe sehnlich wartet.

Ich muss Ihnen sagen, dass ein sozialdemokratischer Parlamentarier mich über einen Mitarbeiter darauf aufmerksam gemacht hat, dass bei einem grossen Schweizer Unternehmen Arbeitsplätze sehr direkt in Gefahr stehen, wenn diese Schuhbestellung noch weiter hinausgezögert wird.

Herr Günter hat gesagt, das Parlament könne durchaus noch einmal dazu Stellung nehmen, nach objektiven Kriterien. Ich würde sagen: Sie haben recht, Herr Günter. Wenn es jetzt um eine Riesenbestellung von Kampfflugzeugen oder Panzern ginge, dann würde ich auch meinen, dass das Vorgehen, das wir Ihnen vorschlagen, vielleicht eine gewisse Problematik haben könnte. Aber im Zeitpunkt, wo wir diese Frage entscheiden werden, haben Sie über «Armee 95» beschlossen. Mehr oder weniger Sturmgewehre wird also keine politische Ermessensfrage mehr sein, sondern ein reiner Vollzugsentscheid der Militärkommissionen, der aufgrund einer Botschaft und der Diskussion über das Leitbild getroffen wird. Aufgrund von solchen Fakten wird das ein reiner Vollzugsentscheid werden, und deshalb glaube ich, dass es nicht nötig ist, dass man so weit geht wie Sie, sondern dass auch Sie eigentlich mit diesem Antrag sollten leben können.

Zum Antrag der Sozialdemokraten, nur 100 000 Sturmgewehre zu kaufen, muss ich einfach sagen, dass ich nicht glaube, dass wir zu einer Armeestruktur kommen werden, die so tief geht, vor allem auch wegen dem Umlaufbedarf. Für 100 000 Sturmgewehre haben wir keinen Preis. Wir haben dafür keinen Vertrag ausgehandelt. Ich kann Ihnen also nicht sagen, wieviel 100 000 Sturmgewehre kosten würden.

Aus allen diesen Gründen möchte ich Sie bitten, die Anträge abzulehnen.

Präsident: Der Antrag Hess Peter ist zurückgezogen.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Minderheit
Für den Antrag Günter

38 Stimmen
35 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag der Minderheit

121 Stimmen
38 Stimmen

Art. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

107 Stimmen

Dagegen

12 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

Präsident: Ich teile Ihnen mit, dass Herr Bundeskanzler Buser mit Schreiben von heute morgen an die Vereinigte Bundesversammlung seinen Rücktritt bekanntgibt.

Der Präsident verliest folgendes Rücktrittsschreiben:

M. le président donne lecture de la lettre suivante:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren National- und Ständeräte

Ich bitte die hohe Bundesversammlung, auf den 30. Juni dieses Jahres meinen Rücktritt als Bundeskanzler entgegenzunehmen. Für das grosse Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl im Juni 1981 geschenkt und seither immer wieder erneuert haben, danke ich Ihnen herzlich. In der über 20jährigen Tätigkeit in der Leitung der zentralen Staatsdienste des Bundesrates und der Bundesversammlung, davon die letzten zehn Jahre als Bundeskanzler, war es mir vergönnt, einen anspruchsvollen, zugleich aber auch sehr interessanten Auftrag zu erfüllen. Nachdem ich nun in wenigen Tagen in das 66. Altersjahr eintrete und das neue Regierungsprogramm 1992–1995 mit Vorteil vom Kanzler dieser neuen Legislatur vorbereitet wird, halte ich den Moment für gekommen, einer jüngeren Kraft Platz zu machen. Ich verabschiede mich von Ihnen mit den besten Wünschen für alle Mitglieder der Bundesversammlung sowie für unser Land und Volk.

Empfangen Sie, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Damen und Herren Nationalräte und Ständeräte, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Walter Buser

90.032

Sportschule Magglingen. Bauprojekt

Ecole de sport de Macolin. Projet de construction

Botschaft und Beschlussentwurf vom 9. Mai 1990 (BBI II 857)

Message et projet d'arrêté du 9 mai 1990 (FF II 801)

Beschluss des Ständerates vom 1. Oktober 1990

Décision du Conseil des Etats du 1er octobre 1990

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

Herr **Euler** unterbreitet im Namen der erweiterten Bautengruppe den folgenden schriftlichen Bericht:

In Anwendung von Artikel 22 Absatz 2 und Artikel 68 Absatz 2 des Geschäftsreglementes des Nationalrates vom 22. Juni 1990 unterbreiten wir Ihnen Bericht und Antrag der erweiterten Bautengruppe betreffend Ueberprüfung der Botschaft 90.032 vom 9. Mai 1990 und Entwurf zu einem Bundesbeschluss über einen Objektkredit von 9 Millionen Franken für den Neubau eines Lager- und Instandstellungsgebäudes für Jugend + Sport- und Armeesportmaterial im Areal des Eidgenössischen Zeughauses Biel.

Rüstungsprogramm 1990

Programme d'armement 1990

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	90.050
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.03.1991 - 08:00
Date	
Data	
Seite	502-521
Page	
Pagina	
Ref. No	20 019 687

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.